Freie und Hansestadt Hamburg **Drucksache XVII/50**

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

BERICHTSJAHR 2 0 0 3

(23. Fortschreibung)

V O R W O R T

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2003 vor, um damit - wie in den Vorjahren auch- über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 24. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Dr. Christoph Krupp

Bezirksamtsleiter

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1. Verwaltungsdezernat

1.1 Verwaltungsamt 6
(Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung)

1.1.1 Allgemeine Abteilung 6
Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit, 6
Gebäudemanagement, 8
Katastrophenschutz, 8
Sport 9
Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen 9
Stadtteilkultur 10
Lichtwarkausschuss 11

1.1.2 Personalabteilung 13

1.1.3 Haushaltsabteilung 15

1.1.4 Organisationsabteilung 16

1.2 Einwohneramt 17
(Einwohnerwesen einschl. Sozialleistungen und Wohnungswesen)

1.3 Standesamt (Personenstandswesen) 20

1.4 Beauftragter für Wirtschaftsförderung 22

1.5 Beauftragte für Beschäftigungsförderung 25
und soziale Stadtteilentwicklung

2. Rechtsdezernat

2.1 Rechtsamt 29
(Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice)

2.2 Liegenschaftsamt (Management des Grundvermögens) 32

2.3 Wirtschafts- und Ordnungsamt 32
(Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten)

Seite

3. Baudezernat

Bauamt mit 35

3.1 Verwaltungsabteilung 37

3.2 Planungsabteilung 37

3.3 Genehmigungsabteilung 44

3.5 Tiefbauabteilung 47

3.6 Garten- und Friedhofsabteilung
einschließlich Naturschutzreferat 49

4. Gesundheits- und Umweltdezernat 53

4.1 Gesundheits- und Umweltamt 54
(Gesundheitswesen)

4.2 Umweltschutz 58

4.3 Veterinäramt 59
(Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen)

5. Jugend- und Sozialdezernat

5.1 Jugendamt (Jugendhilfe) 61

5.2 Grundsicherungs- und Sozialamt 68
(Gesundheits-, Eingliederungs- und Pflegehilfen; Hilfen bei Einkommensdefiziten, finanziellen Notlagen und Hilfen zum Wohnen)

6. Ortsamt Vier- und Marschlande

6.1 Verwaltungsabteilung 70

6.2 Bürgerzentrum 71

6.3 Bauaufsicht 72

6.4 Tiefbau - Wasserwirtschaft 73

6.5 Grundsicherungs- und Sozialabteilung 74

Die Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf im Vergleich zur Produktstruktur der Produktinformation

Im Tätigkeitsbericht sind die Aufgaben nach der bisherigen Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf gegliedert. Die folgende Übersicht ermöglicht eine Zuordnung zu den Produktbereichen und -gruppen der für die Bürgerschaft erstellten Produktinformation.

Bezirksamt

D 1 Verwaltungs-dezernat		**D 2 Ab 01.07.03 Rechts-, Gesundheits- und Verbraucher-schutzdezernat**	**D 3 Bau-dezernat**	**D 4 Gesundheits- und Umwelt-Dezernat bis zum 01.07.2003**	**D 5 Jugend- und Sozialdezernat**
Verwaltungsamt	Einwohneramt	Rechtsamt	Bauamt	Gesundheits- und Umweltamt ab 01.07. 03 zu D2 gehörend	Jugendamt
	Standesamt	Liegenschaftsamt bis 20.02.2003		Veterinäramt ab 01.07. 03 zu D2 gehörend	Sozialamt
		Wirtschafts- und Ordnungsamt			
Produktbereich 0: Zentrale Verwaltung	**Produktbereich 01:** Einwohner- und Personenstandsangelegenheiten	**Produktbereich 02:** Rechts-, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten	**Produktbereich 03:** Bauangelegenheiten	**Produktbereich 04:** Gesundheits-, Umwelt- und Veterinärangelegenheiten	**Produktbereich 05:** Jugend- , Grundsicherungs- und Sozialangelegenheiten
Produktgruppe 01 Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung	*Produktgruppe 03* Einwohnerangelegenheiten einschl.Sozialleistungen und Wohnungsangelegenheiten	*Produktgruppe 05* Rechtsentscheidungen und Vertretung in gerichtlichen und anderen Verfahren einschl. Rechtsservice	*Produktgruppe 08* Städtebauliche Planung, Realisierung	*Produktgruppe 13* Gesundheit	*Produktgruppe 16* Jugendhilfe
			Produktgruppe 09 Bauaufsicht und Bodenverkehrsangelegenheiten	*Produktgruppe 14* Umweltschutz	*Produktgruppe 17* Grundsicherung u. Sozialhilfe
Produktgruppe 02 Zentrale Fachaufgaben (Bevölkerungsschutz, Sport, Stadtteilkultur, Bürgerhäuser, u. sonst. Freizeitzentren- sowie Wahlen/ Volks-/ Bürgerbegehren und -entscheide)	*Produktgruppe 04* Personenstandsangelegenheiten	*Produktgruppe 06* Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten	*Produktgruppe 11* Tiefbauwesen	*Produktgruppe 15* Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärangelegenheiten	
			Produktgruppe 12 Städtisches Grün und Naturschutz		

Ortsamt Vier- und Marschlande

Die Abteilungen des Ortsamtes finden sich in den fachlich entsprechenden Produktbereichen und -gruppen wieder.

1. V E R W A L T U N G S D E Z E R N A T

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		103,02	109,06[1]	107,4
Sachkostenbudget				
Ansatz und Rest Vorjahr	**Soll**	58.670	59.860	61.684
Ausgaben	**Ist**	58.108	45.211	45.281
übertragbarer Rest		562	14.649	16.403
betreute Fachausschüsse		Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Fachausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Sport und Kultur, für Haushalt und Vergabe		

1.1 Verwaltungsamt (Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung)

1.1.1 Allgemeine Abteilung

Leitung: Otto Steigleder, Tel. 42891-2005

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	39,75	32,26	28,3

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2001	2002	2003
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	16	16	16
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	90	103	103
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	430	603	625
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	75	161	156
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	600.792[2]	508.160[2]	566.366
Eingaben an die Bezirksversammlung	52	41	46
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	83	133	112

Die Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung unterlag weiterhin nur geringen Schwankungen. Auch im Jahr 2003 waren die inhaltlichen Schwerpunkte von Eingaben - wie schon in den Vorjahren - überwiegend bei Bau-, Verkehrs/-Verkehrslärmangelegenheiten zu finden. Als neuer zeitlich begrenzter Schwerpunkt sind eine Reihe von Petitionen hinzugekommen, die sich mit der Neugestaltung des Sachsentors befassen.

[1] Erstmalig incl. –B-, -V-, BB und PR
[2] Die Zahlung für Januar 2002 wurde bereits im Dezember 2001 geleistet

Neben der ausschussbegleitenden Tätigkeit waren folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Redaktionsarbeit für die 2. aktualisierte Auflage der Broschüre „Der Bezirk Bergedorf“
- Organisation und Durchführung des Sommerempfangs der Amtsleitung am 24. August
- Organisation und Durchführung des 15. Helfertages im November 2003
- Organisation der Nachwahl im Jugendhilfeausschuss
- Weiterarbeit am Internetauftritt des Bezirksamtes
- Mitarbeit im Arbeitskreis „Gemeinsames Internet-Portal für Bergedorf“
- Mitarbeit im Arbeitskreis und Arbeitsgruppen Tourismus
- Organisation und Durchführung des Tourismus-Events der Hamburg-Tourismus am 28. Mai im Schloss
- Mitarbeit im Arbeitskreis Sternwarte
- Organisation und Durchführung der Einweihung der neuen Steganlage im Serrahn
- Vorbereitung und Durchführung der Volksbegehren „Gesundheit ist keine Ware“, „Mehr Bürgerrechte – ein neues Wahlrecht“ sowie „KITA-Reform“
- Organisation und Durchführung des Adventsmarkts im Rathaus

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rhythmus von 14 Tagen fanden bei der Bezirksamtsleitung Pressegespräche / Pressekonferenzen statt, die vorzubereiten und zu begleiten waren.

Regelmäßig, d.h. nahezu täglich gibt es Kontakte mit der regionalen und überregionalen Presse - bei besonderen Anlässen auch mit Rundfunk und Fernsehen.

Vorbereitung für die Vornahme von:

Ehrungen:	**2001**	**2002**	**2003**
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	9	4	3
90., 100. und jeder weitere Geburtstag über 100	133	161	162

Ziele für 2004

- Vorbereitung und Durchführung der vorgezogenen Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl am 29.Februar zusammen mit dem Volksentscheid „Gesundheit ist keine Ware“
- Vorbereitung und Durchführung der Europawahl am 13. Juni voraussichtlich zusammen mit dem Volksentscheid „Mehr Bürgerrechte – ein neues Wahlrecht
- Vorbereitung und Durchführung der Schöffenwahl Amtszeit 2005 – 2008
- Vorbereitung und Durchführung der Wahl der ehrenamtlichen Richter am VG/OVG Amtszeit 2005 – 2008
- Vorbereitung und Durchführung der Volksbegehren „Wasser ist keine Ware“, „Bildung ist keine Ware“ sowie „Rettet den Rosengarten“
- Redaktionsarbeit für die nächste Auflage des Hamburg-Handbuches
- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen „bergedorf.de“
- Organisation der Veranstaltung “Ein Abend für das Ehrenamt“ am 14. September

Gebäudemanagement	2001	2002	2003
Anzahl der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude	32	32	32
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigengenutzte Gebäude	766.107	835.415	813.284
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude in m²	18.237	18.705[1]	18.717
- davon angemietet in m²	13.728	14.196[1]	14.208
durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigengenutzte Gebäude je m²	3,58	3,72	3,62
durchschnittliche Mietkosten je m²	6,47	6,55	6,61

Ziele für 2004

- Weitere Baubegleitung der Erneuerung der Glasfassaden des Lichtwarkhauses (2. Bauabschnitt)
- Renovierung des Bezirksamtsleiterzimmers (Deckenfreilegung, Gebetsecke und Neupolsterung aller Sitzmöbel) und Abschluss der Arbeiten
- Renovierung der Sozial- und Katastrophenschutzräume im Rathauskeller, Abschluss der Arbeiten auch des „Ratskellers“ nach Grundrenovierung in Anlehnung an die historische Ausführung von 1927
- Baubegleitung der umfangreichen Sanierungen der GWG in und an den Dienstgebäuden Wentorfer Str. 38 und Kurfürstendeich 41
- Restaurierung der Decke im Foyer des Rathauses

Zentrale Fachaufgabe "Katastrophenschutz"

Das Hauptaugenmerk lag auch im vergangenen Jahr auf der technischen Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für den RKD (Regionalen Katastrophendienststab).

Katastrophenschutz	2001	2002	2003
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	2
Anzahl der Schulungen	17	11	12
Anzahl der Einsätze	0	2	0

20.09.2003 : Stabsrahmenübung 2003
24.10.2003 : praktische Deichverteidigungsübung

Themenbereiche der Schulungen: Einweisung in die Stabsaufgaben für neue RKD-Mitglieder, Besonderheiten der Übung für Übungsteilnehmer, Einweisung in neue technische Ausstattung.

Ziele für 2004

- Verbesserung der IuK-Ausstattung des RKD, Einführung einer digitaler Lagedarstellung, Schulung in der Anwendung,
- praktische DV-Übung im Oktober.

[1] Veränderung der Zahl durch Anpassung der qm nach vorgenommenen Aufmaß durch die GWG

Zentrale Fachaufgabe "Sport"

Neben der Betreuung der 82 im Bezirk vertretenen Sportvereine auch im Hinblick auf die Vergabe von Nutzungszeiten für Sportplätze und Turnhallen und insbesondere die Betreuung der staatlichen Sportstätten gab es folgende Aktivitäten:

- Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien
- Ehrung von 225 Sportlerinnen und Sportlern am 10. und 20. Mai für herausragende sportliche Leistungen im Vorjahr
- Fertigstellung und Übergabe des Sportplatzes und Umkleidehauses Fünfhausen an den SC Vier- und Marschlande
- Fertigstellung der Instandsetzung Grandplatz Katendeich in Nettelnburg
- Sanierungsbeginn Umkleidehaus auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme
- Sanierung Grandplatz auf der Sportanlage Neuallermöhe-Ost

	2001	**2002**	**2003**
Größe aller Sportflächen in m²	419.827	419.827	432.808[1]
Durchschnittlicher Pflegezustand der Sportstätten in %	78	7880	
Durchschnittliche Unterhaltungskosten je m² Sportfläche	1,48	1,48	1,52

Ziele für 2004

- Begleitung Neubau Vereinshaus VfL Lohbrügge auf dem Gelände der Wilhelm-Lindemann-Sportanlage im Rahmen der Sozialen Stadtteilerneuerung
- Begleitung Neubau des Umkleidehauses Fritz-Reuter-Platz
- Fertigstellung Sanierung Umkleidehaus auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme
- Sanierung der Platzwartwohnung Sander Tannen
- Installation eines neuen Ballfanggitters am Grandplatz auf der Sportanlage Neuallermöhe-Ost nach Einspruch gegen Sportlärm durch Anlieger
- Sanierung der Brücke im Eingangsbereich Daniel-Hinsche-Straße auf der Sportanlage Billtal-Stadion.

Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen (KÜA)

Die Aufgaben des KÜA sind seit 2002 in die Allgemeine Abteilung eingegliedert
Der Arbeitsschwerpunkt lag wie im Vorjahr in der Herrichtung und Verwaltung von Unterkünften für Asylbewerber. In den bezirklichen Unterkünften einschließlich der zwischengenutzten Wohnungen der SAGA stehen mit Stichtag 31.12. insgesamt zur Verfügung:

Anzahl der Unterkunftsplätze in den bezirklichen Einrichtungen		
2001	2002	2003
300	273	178

Das ehemalige "Hotel Waldschloss" als bisherige Unterkunft mit Vollservice ist Ende Januar 2003 aufgelöst worden. Die Bewohner konnten in anderen Unterkünften Hamburgs untergebracht werden.
Von der SAGA werden z.Zt. noch 3 Häuser/Wohnungen genutzt.

In der Gemeinschaftsunterkunft August-Bebel-Str. 210 sind ca. 125 Personen (nur Familien) untergebracht.

[1] Mehr durch den Sportplatz Fünfhausen.

Unter der Trägerschaft pflegen & wohnen bestehen folgende Unterkünfte:

- Pavillon-/Containerdörfer:
- Curslacker Neuer Deich 80 (260 Plätze)
- Curslacker Neuer Deich 78 (260 Plätze)
- Rothenhauschaussee 100 (ca 650 Plätze)
- Reinbeker Redder 173 „Hirtenland“ (ca 360 Plätze)
- Unterkunft (Festgebäude) für bleibeberechtigte Familien, Obdachlose und Aussiedler Rahel-Varnhagen-Weg 12-24 (270 Plätze)

Stadtteilkultur

Im Bereich der Stadtteilkultur waren neben der Betreuung und Beratung von etwa 120 kulturellen Gruppen, Vereinen, Initiativen und Organisationen die Anträge zur Förderung kultureller Projekte zu bearbeiten.

	2001	**2002**	**2003**
Anzahl der gestellten Anträge zur Förderung kultureller Projekte	16	20	21
davon bewilligt	13	20	21
Gesamtvolumen der gestellten Anträge	32.110	32.000	37.300
davon bewilligt	17.691	23.300	22.330

Daneben wurden folgende kulturelle Projekte und Aufgaben wahrgenommen:

- Mitarbeit im Landesrat für Stadtteilkultur und seinen Arbeitskreisen
- Mitarbeit bei der Erarbeitung der Globalrichtlinie Stadtteilkultur
- Vorbereitung und Durchführung des Rathausfestes am 22. August im Zusammenhang mit dem Stadtfest und dem Fest der Nationen
- Mitarbeit bei den Vorbereitungen für den 4. Hamburger Ratschlag für Stadtteilkultur am 7. und 8. November im Sasel-Haus
- Vorbereitung und Durchführung eines Konzerts „Pop, Soul & Jazz“ im Spieglesaal am 28. November
- Übernahme der Bearbeitung der Zuwendungen „Sondermittel“ von der Haushaltsabteilung
- Übergang der Sachbearbeitung für Projekte der Stadtteilentwicklung vom Jugendamt

Institutionelle Förderung des Stadtteilkulturzentrums „Lola“:

	2001	**2002**	**2003**
Zuwendung	193.269	196.000	196.000
Gesamtzahl der Besucher	61.206	66.931	64.559[1]
Durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum	3,16	2,93	3,03
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %	38	41	41

[1] Der Veranstaltungsbetrieb war im 2. Halbjahr wegen Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Saalanbau eingeschränkt. Daher resultiert der Besucherrückgang.

Daneben wurden gewährt:

Betriebskostenzuschüsse	2001	2002	2003
Bürgerhaus Neuallermöhe-Ost	31.701	34.000	34.000
Bürgerhaus KulturA	48.062	46.650	47.875
Arge-Pavillon Berged.-West, P 5	6.136	6.000	6.000
Bürger- und Jugendhaus Lohbrügge	8.181	8.000	8.000

Sondermittel

Anzahl der gestellten Anträge	62
Gesamtvolumen der gestellten Anträge in €	418.000
Davon bewilligt -Betriebsmittel-	25
Volumen in €	35.900
Davon bewilligt -Investitionen-	15
Volumen in €	56.800

Die Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung erhielt vertragsgemäß 125.300 € für die Quartiersentwicklung Lohbrügge-Nord und 20.000 € für den Verfügungsfonds Lohbrügge-Nord. Für 4 Projekte der Sozialen Stadtteilentwicklung wurden 106.400 € bewilligt.

Ziele für 2004

- Übernahme der Bearbeitung der Zuwendungsgewährung für das Kultur- und Geschichtskontor Reetwerder von der Kulturbehörde
- Neuorganisation der Aufgaben des Lichtwarkausschusses im Zusammenhang mit den Aufgaben der Stadtteilkultur
- Erarbeitung bzw. Verlängerung von Rahmenvereinbarungen zwischen dem Bezirksamt und den Bürgerhäusern bzw. dem Stadtteilkulturzentrum LOLA.

Lichtwark-Ausschuss Bergedorf

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgendem Angebot:

Theateraufführungen, Konzerte und die Jugend-Wettbewerbe im Theater „Haus im Park“.

Theateraufführungen und Konzerte

Der drastische Konsolidierungsplan zeigte weiterhin gute Erfolge. Die Abonnentenzahl verringerte sich zwar leicht -dem republikweiten Trend folgend- die prozentuale Auslastung konnte jedoch wieder etwas verbessert werden, ebenso die Bilanz zwischen Ausgaben und Einnahmen. Dabei konnte (bei ca.4,5% Verteuerung) die Angebotsbreite und das Niveau der Aufführungen erhalten bleiben.

Landesbühnen und renommierte Tourneetheater, zahlreiche "Stars" , Silvestervorstellungen und die Konzerte fanden großen Anklang beim Publikum.
Das Weihnachtsmärchen für größere Kinder war leider sehr schlecht besucht - sicher bedingt durch fast täglich stattfindende Laiengruppen-Aufführungen auch in Schulen, Gemeindezentren und ähnlichen Orten. In der Saison 2003/04 wird deshalb vom Lichtwark-

Ausschuss kein Weihnachtsmärchen angeboten.

Fast unverzichtbar, da einmalig für die gesamte Region, sind weiterhin für die älteren Mitbürger (vor allem Seniorengruppen) die Nachmittagsvorstellungen und der Theaterbus am Abend.

Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

	2000/2001	2001/2002	2002/2003
Anzahl der Veranstaltungen	31	28	28
Anzahl der Abonnenten	912	864	736
Anzahl der "freien" Besucher	4400	3990	4020
Auslastung der Veranstaltungen	72 %	72,25 %	72,6

Jugendwettbewerbe

Die Bergedorfer Jugendwettbewerbe fördern eindrucksvoll künstlerisch aktive Kinder und Jugendliche. Ihre Durchführung wird durch ehrenamtliche Juroren und finanzielle Unterstützung des Lichtwark-Vereins ermöglicht.

24. Jugend-Theatertage

10 Gruppen mit Darstellern zwischen 5 und 23 Jahren zeigten Aufführungen auf sehr gutem bis gutem Niveau.

40. Jugendmusikanten-Wettstreit

164 junge Musiker wetteiferten an 4 Tagen um gute Plätze. Diese hohe Teilnehmerzahl brachte den Lichtwark-Ausschuss an die Grenzen der personellen und zeitlichen Möglichkeiten. Das Niveau war durchgängig sehr hoch. Wieder konnte an mehrere Teilnehmer für ihr Vorspiel die höchste Punktzahl vergeben werden. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert mit starker Beteiligung.

Teilnehmerzahlen	**2001**	**2002**	**2003**
Musikanten-Wettstreit	141	129	164
Theater-Tage	9	6	10

Fachliche Ziele und Arbeitsprogramm

Die Spielzeit 2003/04 ist im Wesentlichen so konzipiert, wie die vergangene. Ziel ist es, die Besucherzahlen mindestens konstant zu halten und höhere Ausgaben zu vermeiden.
Die Spielzeit 2004/05 ist rechtzeitig zu planen, da die Leiterin im Sommer 2004 ausscheidet.
Es wird eine Kooperation mit anderen Theatern angestrebt, um so finanzielle und personelle Resourcen optimal einzusetzen.

1.1.2 Personalabteilung

Leitung: Ralf Benthien, Tel. 42891-2087

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	7,64	7,97	8,4

Die Arbeit der Personalabteilung im Jahre 2003 war geprägt durch weiter erforderliche Einsparungen im Personalhaushalt und die Einstellungsregelungen des Senats (Einstellungsstopp). Für Personalplanungen wurden erstmals Angebote dezentraler Personaldaten-Auswertungen erfolgreich genutzt. Die Personalabteilung hat in 42 Fällen die personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Umsetzung von „Prioritätenentscheidungen“ des Bezirksamtes über die Nutzung von Stellen getroffen (Um- und Versetzungen u. a.). In zwei Fällen wurden mit langwierigem Procedere Ausnahmeentscheidungen des Senats für eine externe Stellenbesetzung eingeholt.

Besondere Beratungsnotwendigkeiten ergaben sich für die von den „Jesteburger Beschlüssen“ betroffenen Mitarbeiter/innen, deren Dienststellen (Liegenschaftsamt, Hochbauabteilung, Schuldnerberatung, Rentenberatung) zentralisiert wurden und werden. Gleiches gilt für an Altersteilzeit interessierte Mitarbeiter/innen. Von der Altersteilzeit haben bisher 34 Arbeitnehmer/innen und 7 Beamte/Beamtinnen Gebrauch gemacht. Im Bereich der **Personalverwaltung** konnten die Beratungsaufgaben auch über die sich ständig ändernden sozial-, steuer- und versicherungsgesetzlichen sowie tarif- und beamtenrechtlichen Bestimmungen mit der vorhandenen Personalausstattung noch angemessen wahrgenommen werden. Daneben konnte die Neuordnung aller Personalakten abgeschlossen und die vom Personalärztlichen Dienst für das Personal mit Publikumsverkehr angebotene Grippeschutzimpfung, an der etwa 40 Personen teilnahmen, durchgeführt werden.
Zum Jahreswechsel wurde die Mitarbeiter/innenzahl um 1,4 auf 3,1 gesenkt, verbunden mit einer Neuregelung der Betreuungszuständigkeiten der Personalsachbearbeiter/innen, die den organisatorischen Veränderungen im Bezirksamt sowie den Vorgaben zur Korruptionsbekämpfung Rechnung trägt.

Im Bereich der **Personalentwicklung** lag 2003 weiterhin der Schwerpunkt bei der Gesundheitsförderung.

Daneben wurde das Konzept für einen Gesundheitsbericht erarbeitet, der für das Jahr 2003 das erste Mal erstellt wird. Hier fließen die Fehlzeitendaten und Berichte über gesundheitsförderliche Maßnahmen aus den Dienststellen ein.

Aufgrund der Einsparverpflichtungen sind die Einstellungszahlen im Jahr 2003 für die Auszubildenden im Fachbereich allgemeine Verwaltung drastisch gesunken. Wurden für das Jahr 2002 noch 220 Nachwuchskräfte eingestellt, so waren es 2003 nur noch 112. Die reduzierten Zahlen werden sich allerdings aufgrund der zeitversetzten Praxisausbildung erst in 2004 für den mittleren Dienst und in 2005 für den gehobenen Dienst in den Praxisausbildungsstellen bemerkbar machen. Die ausreichende Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Bezirksamt hat Dank der Unterstützung der Dienststellen auch in 2003 reibungslos funktioniert. Neben den Auszubildenden für die allgemeine Verwaltung wurden außerdem 10 gewerbliche Auszubildende im Gartenbau betreut.

Aufgrund der großen Nachfrage waren 2003 neben den Auszubildenden eine erheblich gestiegene Zahl von Praktikanten im Bezirksamt zu betreuen. Es wird zwischen Schulpraktikum und berufsbegleitendem Praktikum unterschieden.

In 2003 haben 19 Schülerinnen bzw. Schüler (zum Vergleich 2002 = 13) ein meist 3-wöchiges Praktikum im Bezirksamt absolviert. Die Anzahl der berufsbegleitenden Praktika (die mit Unterbrechungen bis zu zwei Jahre dauern können) stieg sogar von 18 (in 2002) auf 31 im Jahr 2003 an. Hier ist das Bezirksamt allerdings an seiner Leistungsgrenze, so dass nicht jedem Wunsch entsprochen werden konnte.

Kennzahlen	**2001**	**2002**	**2003**
∅ Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in €	662	625	654
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,6	1,7	1,7
∅ Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	93	100	106
∅ Krankenquote in %	6,5	6	5,8
Quote (in %) der Schwerbehinderten	7,53	8,05[1]	8,60

Das Bezirksamt beschäftigte (Mittelwert aus drei Stichtagen):		**2001**	**2002**	**2003**
	Beamte	206	200	197
davon (in %)	Weiblich	57	59	59
	Männlich	43	41	41
	Teilzeitbeschäftigt	29	30	29
	beurlaubt o.ä.	9	8	8
	Angestellte	303	318	316
davon (in %)	Weiblich	58	59	59
	Männlich	42	41	41
	Teilzeitbeschäftigt	33	31	31
	Weiblich	--	81	83
	Männlich	--	19	17
	beurlaubt o.ä.	8	7	7
	Arbeiter	76	61	57
davon (in %)	Weiblich	20	20	20
	Männlich	80	80	80
	Teilzeitbeschäftigt	16	12	14
	Weiblich	--	78	76
	Männlich	--	22	24
	beurlaubt o.ä.	7	3	2
	Geringfügig u. sonstige Beschäftigte	7	6	6
	Auszubildende (gewerblich)	7	6	7
	Beschäftigte insgesamt	599	590	583
	in Relation zur Einwohnerzahl (1Beschäftigte: X Einwohner)	52	51	50
	Honorarkräfte	122	150	153

[1] Die im letzten Tätigkeitsbericht mit 5,21 angegebene Schwerbehinderten-Beschäftigungsquote basierte auf falschen zentralen Daten. Sie wurde auf 8,05 berichtigt.

Ziele für 2004

- Weitere Umsetzung des bezirklichen Gesundheitsförderungskonzeptes (Gesundheitstage, Gesundheitsbericht, Verlängerung der Servicevereinbarung zum Gesundheitsmanagement)
- Unterbringung und Betreuung von 26 Nachwuchskräften des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes

- Maßnahmen zur Umsetzung des neuen Beurteilungswesens (bei entsprechendem Senatsbeschluss in 2004)
- Fortschreibung des Frauenförderplans
- Mitarbeit an der Vorbereitung und Umsetzung der Schnittstelle SAP/PAISY

1.1.3 Haushaltsabteilung

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen			
	7,05	8,69	8,4

Aufgabe und Entwicklung in 2003

Im ersten vollständigen Bewirtschaftungsjahr nach Produktivsetzung des betriebswirtschaftlichen Systems SAP/R 3 für die Ressourcenverwaltung der Sach- und Fachausgaben hat sich eine unvermutet hohe Bindung von Personalkapazität in der Haushaltsabteilung für die zentral wahrzunehmenden Aufgaben zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit sowie zur Fehlerbereinigung in der Abwicklung und Darstellung der Mittelbewirtschaftung ergeben.

Die insofern unangemessene Belastung der Haushaltsabteilung durch SAP/R 3 sowie die erforderliche Konzentration auf die prioritären formellen Haushaltsverfahren und -termine hat im Ergebnis zu Vollzugsdefiziten geführt, die dauerhaft nicht hinnehmbar sind. Dies wurde von den Bezirksämtern gemeinsam an die für SAP/R 3 federführende Finanzbehörde herangetragen.

Gleichwohl konnte auf Bezirksebene das Haushalts-Aufstellungsverfahren 2004 (vorerst) termingerecht abgeschlossen und der gegenüber den Fachdienststellen zugesagte Bewirtschaftungsbeginn eingehalten werden.
Die Jahresabschlussarbeiten 2003 verzögerten sich aufgrund zentraler Verfahrensprobleme nach noch bis Ende Februar 2004.

Gesamtumsatz in TEUR	2001	2002	2003
Einnahmen	10.969	8.867[1]	8.440
Ausgaben	94.715	77.721[1]	72.694
davon			
Bauinvestitionen/Beschaffungen	15.651	16.964	10.821
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	79.088	61.711[1]	61.873
Barumsätze in TEUR	**2001**	**2002**	**2003**
Einnahmen	3.947	3.382	3.881
Ausgaben	3.844	3.563	3.944

[1] Das Zahlenwerk 2002 wurde aufgrund eines Fehlers berichtigt.

Ziele für 2004

Jahresübergreifend vorrangiges Ziel ist die sachlich korrekte und vollständige Abwicklung der termingebundenen Pflichtaufgaben im Zusammenhang mit der Aufstellung, Bewirtschaftung und Abrechnung des Haushalts sowie im Kassengeschäft. Unter den Rahmenbedingungen einer Vorläufigen Haushaltsführung, ggf. zu bewältigender politischer Schwerpunktveränderungen sowie der Vorbereitung des Doppelhaushaltes 2005/06 wird dabei in 2004 der Kontinuität der Serviceleistungen gegenüber den zuliefernden Fachdienststellen einschließlich der Gewährleistung einer gleichbleibenden Qualität in der SAP-Anwender/inne-Betreuung besondere Relevanz beizumessen sein.

Darüber hinaus werden alle Mitarbeiter/innen der Haushaltsabteilung an der konzeptionellen Organisation fortwährender Verfahrensoptimierungen des Produktivbetriebes von SAP/R 3 in allen Modulen, der Implementierung weiterer Schnittstellen für EDV-Verfahren für Fachaufgaben der einzelnen Dienststellen sowie an den vorbereitenden Maßnahmen für die Einführung der Doppik maßgeblich beteiligt sein.
Schwerpunkt-Themen werden außerdem weiterhin die Fortentwicklung des Verfahrenscontrollings für die automatisierte Bearbeitung von Zuwendungen, die Mitwirkung bei der Einführung von EC-Cash in publikumsintensiven Dienststellen sowie Umstrukturierungen der Budgetverwaltung einschließlich Anpassung der SAP-Stammdaten und SAP-Berechtigungskonzepte aus Anlass eingetretener oder absehbarer organisatorischer Veränderungen sein.

1.1.4 Organisationsabteilung

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

	2001	2000	2003
Beschäftigungsvolumen	13,38	15,04[1]	15,8

Die Organisationsabteilung hat die Arbeitsschwerpunkte:

1. Aufbau- und Ablauforganisation, qualitative und quantitative Stellenwirtschaft, Fragen des Raumbedarfes sowie Begleitung des Vorhabens Rathauserweiterung / Dienstleistungszentrum am Bahnhof
2. Begleiten der bezirksamtsinternen Reorganisationsprozesse (in 2003: Verbraucherschutzamt, Garten- und Tiefbau, Wirtschaftsförderung)
3. Begleiten des „Jesteburg-Controllings“ als Federführungsbezirksamt für das Bauamt
4. Planen, Koordinieren, Realisieren und Betreuen von Vorhaben der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) innerhalb des Bezirksamtes und Betreuen der unterschiedlichen Verfahren und der Anwender. Das Schwergewicht lag bei der Ersatzbeschaffung nach den in der Stadt geltenden Abschreibungszyklen sowie der Ergänzung der Netzwerkkomponenten zur Steigerung der Leistungsfähigkeit bei steigenden Anforderungen an die Übertragungsleistung
5. Mitwirken in den überbezirklichen/-behördlichen Projekten zur Neuordnung der IuK-Organisation bzw. Administration
6. Federführungsaufgabe auch für die IT-Organisation im Bereich des Bauamtes für alle Bezirksämter
7. Mitwirken am Projekt „Hamburg-Service“. Das Projekt „Hamburg Service“ ist vom Senat

[1] Inklusive Beschäftigungsvolumen für eine Teilnehmerin am Aufstiegslehrgang

beschlossen worden. Die Mitwirkung hat sich daraufhin zur Teilhabe an der Projektarbeit beim Bezirksamt Wandsbek entwickelt.

8. Betrieb der Telefonzentrale „Behörden Bergedorf“.

Die Erstellung des Beitrages zur Produktinformation für den Haushalt ist Aufgabe der Organisationsabteilung. Die Funktion des zentralen Controllings ist Daueraufgabe geworden. Das Betriebliche Vorschlagswesen gehörte ebenfalls zum Aufgabenspektrum. Der Prozess für alle „Ziel- und Leistungsvereinbarungen“ wird laufend begleitet.

Ziele für 2004

- Folgeaufgaben bei der Realisierung des neuen Bauamtes und des Verbraucherschutzamtes.
- Planungs- und Prüfungsaufgaben in Zusammenhang mit dem „Runden Tisch“ betr. Rathauserweiterung/Dienstleistungszentrum am Bahnhof
- Begleitung des Jesteburg-Controlling
- Teilhabe an Maßnahmen zum Aufbau von e-Government in Hamburg.

  Weitere Mitwirkung an überbehördlichen IT-Projekten wie ESARI/30K, ITB, Hamburg-Service.

1.2 Einwohneramt
(Einwohnerwesen einschließlich Ausländerangelegenheiten, Sozialleistungen und Wohnungswesen)

Leitung: Siegward Zur, Tel. 42891-2098

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	22,70	31,0	30,08

Die Aktivitäten zur Verwaltungsmodernisierung im Einwohneramt sind 2003 fortgeführt worden. In diesem Rahmen sind

- durch Fortsetzung der Qualitätszirkelarbeit „Öffnungszeiten“ die Kundenbedienung und die Sachbearbeitung mit Einführung aufeinander abgestimmter Sprechzeiten und verlässlicher Zeiten für Terminvereinbarungen im gesamten Bereich des Einwohnerwesens deutlich verbessert worden; über die Auswirkungen wird im Tätigkeitsbericht 2004 berichtet, weil die neuen Zeiten erst ab 01.01.2004 eingeführt worden sind.
- Kundenbedienungsabläufe an den Informationsschaltern im Bürgerzentrum Bergedorf und im Ausländerabschnitt durch personelle Verstärkung während der stark frequentierten Öffnungszeiten beschleunigt worden,
- Kundenbedienungsabläufe durch eine neue Geschäftsverteilung im Ausländerabschnitt, hier: Zuordnung der Kunden auf die Sachbearbeiter nach dem Buchstabenprinzip, dadurch Fortfall evtl. "Doppelberatung", verbessert worden,
- personelle Einsatzmöglichkeiten durch Fortsetzung entsprechender Ausbildung von Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in mehreren Sachgebieten weiter verbessert worden,
- der Nichtraucherschutz durch freiwilligen Verzicht auf Rauchen im Dienstgebäude optimiert worden (rauchfreies Dienstgebäude Wentorfer Straße 15).

Allgemeine Kennzahlen	**2001**	**2002**	**2003**
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf[1]	114.549	116.190	117.076
Gesamtwohnungszahl	51.026	51.648	51.833
Davon Sozialwohnungen[2]	14.100	13.926	13.339

Abteilung für Einwohnerdaten	**2001**	**2002**	**2003**
Bürgerzentrum Bergedorf (BüZ/B)			
Anzahl der erteilten Personaldokumente[3]	29.814	26.448	20.469
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	19.615	17.267	12.242
Schriftliche Auskünfte (weniger wg. Abgabe nach BüZ/Nam)	13.878	21.942	21.685
Summe aller Leistungen[4]	82.713	84.650	72.338

Bürgerzentrum Neuallermöhe (BüZ/Nam)			
Anzahl der erteilten Personaldokumente	4.129	7.496	4.640
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen [3]	2.985	3.600	3.997
Schriftliche Auskünfte	7.773	7.026	Nur noch gemeinsam mit Vm erfasst
Summe aller Leistungen	27.919	28.382	28.068

Durch Vorgaben von außen (gesetzliche Veränderungen, Fachbehörden, technische Veränderungen/Verbesserungen u.a.)

- ist im September 2003 für Privatpersonen und insbesondere für andere Dienststellen innerhalb der FHH die Möglichkeit eingeführt worden, selbständig über Inter- bzw. Intranet auf das Melderegister zugreifen zu können. Dadurch sollen die telefonischen und schriftlichen Melderegisterauskunftsanfragen erheblich verringert und eine deutliche Arbeitserleichterung in den Meldedienststellen erreicht werden. Erste, seriös messbare Erfolge werden zur Jahresmitte 2004 erwartet.
- haben sich die Auswirkungen nach dem Grundsicherungsgesetz in der Leistungsabteilung bei der Bearbeitung von Wohn- und Erziehungsgeld "normalisiert". Der Leistungsempfängerkreis hat sich um rd. 400 Fälle erhöht.
- haben die Aufgaben nach dem Mietpreisrecht, den Belegungsverpflichtungen für öffentlich geförderten Wohnraum und dem Zweckentfremdungsrecht für Sozialwohnungen insbesondere als Folge der Verbesserung der allgemeinen Wohnraumsituation in Hamburg noch nicht wieder spürbar zugenommen. Erste Anzeichen einer Trendwende sind aber bereits erkennbar: Preiswerter bzw. "bezahlbarer" Wohnraum wird wieder deutlich mehr nachgefragt als angeboten.
- ist der Abschnitt für Renten- und Sozialversicherungsangelegenheiten zum 01.01.2003 in die im Bezirk Wandsbek zentralisierte Rentenberatungsstelle eingegliedert worden.

Folgende Veränderungen für die tägliche Arbeitspraxis werden in 2004 erwartet:

- Die sog. unternehmensbezogene Wohnungsvergabe wird nicht nur auf die GWG und die SAGA beschränkt bleiben, sondern durch einen neuen sog. Kooperationsvertrag auf

[1] Jeweils zum 31.12. des Vorjahres.
[2] Diese Zahlen werden von der Wohnungsbaukreditanstalt ermittelt. Der Sozialwohnungsbestand vergrößert sich um die neu hinzugebauten Wohnungen, und verringert sich um jene, die aus der Bindungspflicht nach dem Wohnungsbindungsgesetz nach Ablauf der gesetzlichen Frist herausfallen (im Durchschnitt ca. 38 Jahre).
[3] Setzt sich zusammen aus Personalausweisen, vorläufigen Personalausweisen, Reisepässen, vorläufigen Reisepässen und Kinderausweisen als Passersatz.
[4] Die Daten sind aus der Betriebsdatenstatistik für die Einwohnermeldedienststellen entnommen. Hierunter fallen z.B. auch Führungszeugnisse, Ausstellen von Lohnsteuerkarten und Eintragung von Anschriften in Kfz-Scheine. Die Betriebsdatenstatistik wird zentral für alle EA-Dienststellen Hamburgs in der zentralen Meldestelle der Bezirksämter Harburg erstellt. Sie soll ab 2002 Hamburg weit einheitlich ausgewertet werden.

möglichst viele Träger öffentlich geförderten Wohnraumes ausgedehnt werden. Damit soll das (wohnungs-)politische Ziel, schwer vermittelbare Klienten nicht nur in öffentlich geförderten Wohnraum unterzubringen, erreicht werden. Die Vorbereitungen zur Umsetzung des Vertrages sind weitgehend abgeschlossen. Ob auch eine Erleichterung oder Verbesserung der täglichen Arbeitspraxis erreicht wird, bleibt abzuwarten.

- Ein neues Hilfesystem für Wohnungslose soll in Form einer bei den Bezirksämtern angesiedelten Fachstelle zur Unterbringung Wohnungsloser eingerichtet werden. Das wird erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit in der Wohnungsabteilung bei der Wohnraumvergabe und bei der Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen haben.
- Die Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelungen im EU-Recht für Ausländer (visumfreie Einreise, Anträge auf Aufenthaltsgenehmigungen im Inland, nicht mehr im Ausland, erleichterte Arbeitsaufnahme insbesondere für osteuropäische Saisonarbeiter, Zuständigkeit der Bezirksämter bei leichten Vergehen und Ordnungswidrigkeitenverfahren u.a.) sind noch nicht vollständig absehbar. Dies gilt auch für

  - das Haushaltsbegleitgesetz 2004 (Änderung des Einkommensteuergesetzes, wichtig für die Berechnung von Wohn- und Erziehungsgeld),
  - das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch mit den Änderungen des Heimgesetzes, des Wohngeldgesetzes und des Erziehungsgeldgesetzes,
  - das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt mit seinen Auswirkungen im Wohn- und Erziehungsgeldrecht (Wohngeldreform) und im Wohnraumförderungsgesetz.

- Der voraussichtlich im Herbst 2004 in die Pilotphase eintretende telefonische Hamburg-Service, d.h. die Einrichtung eines gemeinsamen Call Centers für die hamburgische Bezirksverwaltung, wird insbesondere zu einer Verlagerung der Beantwortung telefonischer Auskünfte führen.
- Die Einführung eines neuen bzw. verbesserten Verfahrens zur elektronischen Bearbeitung und Berechnung von Wohngeldanträgen wird erwartet.

Ausländerabschnitt

	2001	**2002**	**2003**
Verpflichtungserklärungen nach § 84 Ausländergesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	2.342	2.741	2.470
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen	1.840	1.970[1]	2000
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen	34	50	50

Wohnraumschutz

Wohnberechtigungsbescheinigungen	**2001**	**2002**	**2003**
Gesamt	2.487	2.344	2.394
Davon			
§5-Scheine	1.701	1.755	1.716
Dringlichkeitsscheine	275	506	587

[1] Die Zahl ist geschätzt. Die bisher EDV gestützte Statistik ist mit Einführung des Programms PAULA GO am 1.7.2002 abgeschaltet worden. Handschriftliche Aufzeichnungen werden nicht geführt.

Wohngeld, Erziehungsgeld, Mietbeihilfen, Lastenzuschüsse, Unterhaltssicherung

	2001	2002	2003
Zahl der Haushalte am 31.12. eines Jahres, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	2.840	3.531[1]	4.481
Anzahl der Haushalte am 31.12. eines Jahres, die Erziehungsgeld erhalten	ca. 1.764	1.715	1.735
Anzahl der Haushalte am 31.12. eines Jahres, die Mietverbilligung erhalten	182	169	165
Anzahl der bewilligten Anträge auf einmalig oder laufende Leistung nach dem Unterhaltssiche-rungsgesetz (USG)	180	179	131

Renten- und Sozialversicherungs-(beratungs-) stelle (ab 01.01.2003 zentralisiert im Bezirksamt Wandsbek)

	2001	2002	2003
Rentenanträge	110	517	-
Kontenklärungsanträge	17	128	-
Amtshilfeersuchen	27	325	-
Beglaubigungen	165	881	Werden ab 2003 in den BüZ erledigt

Ziele für 2004

Das fachliche Ziel in 2003 hinsichtlich der durchschnittlichen Wartezeit für den Ausländer-abschnitt konnte nicht eingehalten werden. Unvorhersehbare und nicht zu kompensierende Personalengpässe haben die Zielerreichung unmöglich gemacht. Im übrigen wurden die Ziele erreicht und werden beibehalten:

- Beibehaltung der Note 2,0 in der Kundenzufriedenheit.
- Entzerrung der Publikumsströme durch konsequente Ausnutzung der Terminvergabe.
- Einhaltung der Wartezeiten[2]
  im Bürgerzentrum Bergedorf von durchschnittlich 16 Minuten,
  in der Ausländerbehörde von durchschnittlich 38 Minuten.

1.3 Standesamt (Personenstandswesen)

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

- 21-

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	9,0	8,92	8,71

[1] Die deutliche Zunahme erklärt sich aus gesetzlichen Veränderungen der Bemessungsgrenzen zugunsten einkommensschwacher Haushalte.

[2] Die Wartezeiten sind nur gemessen für Kunden, die nach dem sog. Vorchecken eine Nummer erhalten haben. Nicht gemessen werden die Wartezeiten für jene Kunden, die nach dem Vorchecken das Amt verlassen haben/mussten, oder die sofort am Info-Tresen, d.h. de facto ohne Wartezeit, bedient worden sind.

Geburtsbeurkundungen	800	782	774
Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt (§4 Abs. 3 StAG)	33	39	34
Sterbefallbeurkundungen	938	884	924
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	5	5	5
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	696	770	699
Davon mit Ausländerbeteiligung	124	151	129
Eheschließungen	451	641	621
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	663	706	649

Das Jahr 2003 war geprägt durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Modernisierung des Standesamtes mit Verbesserungen in der Kundenbedienung und der inneren Organisation:

- Einführung neuer Sprechzeiten/Öffnungszeiten unter Erweiterung der Bestellpraxis an den Nachmittagen. Die in einem Qualitätszirkel des Standesamtes erarbeiteten neuen Sprechzeiten berücksichtigen die Wünsche und Ansprüche der Kunden sowie der Mitarbeiter/innen.
- Verbesserung der Kundenbedienungsabläufe durch neue interne Geschäftsverteilung.
- Festlegung von Richtlinien über den Nichtraucherschutz im Dienstgebäude.
- Umsetzung des Gesundheitsmanagements zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge/des Wohlbefindens der Mitarbeiter/innen.
- Erhöhung der Fachkompetenz durch Teilnahme der Bediensteten an Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes der hamburgischen Standesbeamten sowie der Fachakademie.
- Steigerung des bereits im Standesamt vorhandenen Ambientes durch die Dekoration des Dienstgebäudes zu Ostern, im Herbst und zu Weihnachten.

Erfreulicherweise konnten auch die gesteckten Ziele für 2003 erfüllt werden.

Ziele für 2004

- Angebot von mindestens 110 Eheschließungsterminen im Bergedorfer Schloss.
- Durchschnittliche Bearbeitungszeit von höchstens 5 Tagen bei Geburts- und Sterbefallbeurkundungen ab Vorlage vollständiger Unterlagen.
- Benotung der allgemeinen Kundenzufriedenheit auf der Basis der laufenden Kundenbefragung nicht schlechter als 2,0.
- Das Serviceangebot in der Zusammenarbeit mit dem Bethesda Allgemeinen Kranken-

haus Bergedorf bei Geburtsbeurkundungen in die praktische Arbeit einbinden und ggf. optimieren.

- Die Eheschließungen auf fahrbaren Schiffen im Bergedorfer Hafen/Bille weiterhin anzubieten und die Anzahl der Eheschließungstermine zu erhöhen.

1.4 Beauftragter für Wirtschaftsförderung

Dirk Brahm, Tel. 42891-2350

Aufgabenstellung allgemein

Die Tätigkeit des Wirtschaftsbeauftragten lässt sich grob in 2 Bereiche gliedern:

Er vertritt die Belange der Bergedorfer Wirtschaft im Kreise der gesamthamburgischen Institutionen.
In diesem Zusammenhang ist er Gesprächspartner der Handelskammer, der Handwerkskammer sowie der wesentlichen zuständigen Fachbehörden und unterstützt diese im laufenden Geschäft, wie er auch entsprechende Unterstützung dieser Institutionen erfährt.
Der Wirtschaftsbeauftragte vertritt neben dem Bauamt strittige Baugenehmigungsanträge im „Arbeitskreis Gewerbebau“ und ggf. im „Koordinierungsausschuss Wirtschaftsförderung“ und arbeitet mit dem „Mittelstandslotsen“ zusammen, der der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) angegliedert ist.
Bei der Neuansiedlung/Betriebserweiterung und der Inanspruchnahme stadteigener Gewerbegrundstücke ist der Wirtschaftsbeauftragte eingebunden in die Vorprüfung der Grundstücksbewerbung und nimmt teilt an der verbindlichen Dispositionsentscheidung, die in jedem Einzelfall in der Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde unter weiterer Beteiligung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, der HWF und der Behörde für Umwelt und Gesundheit getroffen wird.
Er vertritt den Bezirk in der jährlichen Zusammenkunft der bezirklichen Beauftragten mit Vertretern der Fachbehörden und der HWF.

Aufgabenstellung des Wirtschaftsbeauftragten innerhalb der Bezirksverwaltung

Die Verantwortlichkeit für die Wirtschaftsförderung liegt zwar vorrangig bei gesamthamburgischen Institutionen, dennoch ist die vergleichsweise kleinteilige Aufgabenstellung des Wirtschaftsbeautragten innerhalb der Bezirksverwaltung für die betroffenen Gewerbetreibenden im Einzelfall von Bedeutung. Der Wirtschaftsbeauftragte nimmt an den wöchentlichen Besprechungen der Dezernenten/Ortsamtsleiter beim Bezirksamtsleiter teil. Ebenfalls wöchentlich nimmt er teil an der Besprechung beim Bauamtsleiter und ggf. an Plangesprächen im Zuge der Aufstellung von Bebauungsplänen. Für den Ortsamtsbereich Vier- und Marschlande ist die Teilnahme an den Sitzungen des Ortsausschusses und seinen Unterausschüssen obligatorisch.

Insgesamt bietet dies ein hohes Maß an Informationen und damit Handlungsfähigkeit mit der Folge, dass der Wirtschaftsbeauftragte für annähernd jedes Anliegen, welches an ihn in Beratungsgesprächen oder schriftlich herangetragen wird, zur Verfügung steht. Im Vordergrund steht der Wirtschaftsbeauftragte dabei den ratsuchenden Gewerbetreibenden für jede Frage zur Verfügung, die den Bereich der bezirklichen Zuständigkeit berührt. Er gibt Auskünfte zum Verwaltungsverfahren oder auch zur Sache selbst. Außerdem werden Auskünfte oder kompetente Gesprächspartner vermittelt.
Neben der laufenden Beratungs- und Vermittlungstätigkeit ist der Wirtschaftsbeauftragte beteiligt bei strittigen Bau- und Vorbescheidsanträgen, soweit Arbeitsplätze betroffen sind.

Entsprechend einbezogen ist er gerade in den Vier- und Marschlanden bei der Problemlösung für Garten- und Landschaftsbaubetriebe, die sich primär aus ehemals gärtnerisch genutzten Betrieben entwickelt haben und infolge ihrer neuen Betriebsart mit dem geltenden Planungsrecht kollidieren.

Auch stoßen generell erhebliche bauliche Erweiterungen an langjährig bestehenden gewerblichen Standorten angesichts der Außenbereichsausweisung leicht an die Grenze des Baurechts. Dies erschwert nicht selten die Ansiedlung weiterer Arbeitsplätze.

Die gelegentliche Beteiligung des Wirtschaftsbeauftragten an Genehmigungsverfahren nach der Zweckentfremdungsverordnung ist eher von untergeordneter Bedeutung.
In den Anliegen, welche bezirklich nicht zu lösen sind (finanzielle Förderung, betriebliche Beratung, Existenzgründung, Bedarf an Grundstücken und Räumen und vieles andere mehr), verweist WB aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen an die zuständigen Stellen (HWF, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Liegenschaftsverwaltung, Kammern, Kreditinstitute, Hamburgische Initiative für Existenzgründungen und Innovationen usw.) und vermittelt Gesprächspartner.

Der Wirtschaftsbeauftragte beteiligt sich aktiv an der Ausbildungsinitiative, die im 6. Jahr tätig ist. Hier arbeiten Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Handwerk, Politik, Arbeitsamt, Schulen und Bezirksamt eng zusammen, um vorrangig zusätzliche Ausbildungsplätze Jugendlichen bereitzustellen. Dabei geht es um 2 Schwerpunkte: 1. Ausbildungswoche, 2. Lehrstellenatlas. Die 6. Ausbildungswoche soll erneut Schulabgängern vor Ort Informationen über Berufsbilder, Ausbildungsmöglichkeiten sowie persönliche und fachliche Anforderungen durch Unternehmen und Bildungseinrichtungen bieten.
Der Lehrstellenatlas wird ebenfalls im Jahr 2004 wieder herausgegeben und ist ein wertvoller und stark nachgefragter Ratgeber für Schulabgänger bei der Suche nach Ausbildungsplätzen.

Neben diesen beiden Projekten organisiert der Wirtschaftsbeauftragte die jährliche Ehrung der Landes- und Bundessieger im Handwerk des Bezirkes Bergedorf.
Er steht regelmäßig den Mitgliedern des Fachausschusses Wirtschaft und Arbeit für Fragen zur Verfügung, berichtet über herausragende Projekte der Gewerbeansiedlung und fungiert darüber hinaus als Ansprechpartner auf folgenden Veranstaltungen: Maimarkt (Präsentation des Vierländer Handwerks alle 2 Jahre), Bergedorfer Bautage und BZ-Automarkt (jeweils jährlich auf dem Frascati-Platz).
Schließlich steht der Wirtschaftsbeauftragte für Informationen von Wirtschaftsverbänden, Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammer sowie Politik zur Verfügung.

Entwicklung 2003

Aus den Dispositionen der Vorjahre entwickelten sich optimistisch stimmende bedeutende Neuansiedlungen im Gewerbegebiet Allermöhe. Hier wurden im Herbst des vergangenen Jahres gleich drei Anlässe gefeiert.
Im Oktober weihte die Hamburger Budnikowsky GmbH & Co.KG. ihr automatisches Hochregallager ein, im November nahmen die Gebr. Heinemann ihr neues Logistikzentrum für die Versorgung ihrer weltweiten „Duty Free Shops“ in Betrieb und im Dezember tat die Dachser GmbH & Co.KG. den ersten Spatenstich für ihr neues Logistikzentrum, in dem ab August 2004 die Hamburger Aktivitäten des Unternehmens gebündelt werden sollen.

Werbung

Die Tatsache, dass der Bezirk das größte Gewerbeflächenpotential aller 7 Bezirke aufzuweisen hat, soll künftig im Internet differenziert dargestellt werden mit Hinweis auf folgende Standortvorteile:
- Metropole als Nachbarschaft,

- Bevölkerungszahlen steigen stärker als in den übrigen Bezirken,
- ausgebaute Infrastruktur,
- Potential qualifizierter Arbeitsplätze,
- hohes Angebot gewerblicher Grundstücke,
- Standort verschiedener Fachbereiche der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg).

Diese Vorteile deutlich zu machen und dafür auch zu werben, ist u.a. Inhalt von Gesprächen mit der Bergedorfer Wirtschaft, vertreten durch die WSB (Wirtschafts- und Stadtmarketing für die Region Bergedorf). Diesem Ziel dienen auch Gespräche mit politischen Parteien, in denen die Aufgaben des WB und die Vorteile von Investitionen am Standort Bergedorf dargelegt werden.

Vermarktung

Die Stadt ist im Bezirk Eigentümerin einer Vielzahl noch nicht genutzter Gewerbeflächen. Mit Stand vom 29.11.2002 hat die Behörde für Bau und Verkehr, Amt für Stadtentwicklung, im Bezirk 189,7 ha Bruttobauland ausgewiesen. Im Vergleich dazu beträgt diese Fläche in ganz Hamburg 413,5 ha. Hier wird die Spitzenposition Bergedorfs deutlich. Die angegebene Größe beinhaltet auch Flächen, die erst langfristig verfügbar sind (über 3 Jahre). Sie werden ergänzt durch 32,8 ha, die sich im privaten Eigentum befinden.
Aktuell vermarktbare städtische Flächen befinden sich im Wesentlichen an 5 Standorten: Allermöhe (Gewerbegebiet), Curslacker Neuer Deich, Neuallermöhe-West (entlang der Bahnstrecke), Brookkehre, Kirchwerder (Mette-Harden-Straße).
Darüber hinaus sind weitere sog. Streuflächen im Angebot.
Disponiert wurden in 2003 lediglich folgende Flächenerweiterungen von 13.130 m² für 4 verschiedene Unternehmen.

Ziele für 2004

Wenn dem Konjunkturverlauf entsprechend auch in 2004 von einer schleppenden Vermarktung städtischer Gewerbeflächen auszugehen ist, bleibt es nach wie vor Ziel, die Gewerbeflächenbrachen mit Leben zu füllen. Besondere Aufmerksamkeit gilt weiterhin dem Gewerbegebiet Mette-Harden-Straße, aber auch dem Komplex Brookkehre, bei dem noch immer die Einbahnstraßenregelung des Brookdeiches als ein Vermarktungshemmnis gilt.

Unabhängig davon wird die mit Wirkung vom 01.12.2003 vorgenommene Neuordnung der bezirklichen Aufgaben der Wirtschaftsförderung zu einer Optimierung der Arbeit beitragen.

Danach wurde dem Wirtschaftsbeauftragten ein Mitarbeiter zugeordnet, der sich mit folgenden Themen befassen wird:

- Profilierung des Standortes Bergedorf mit 6 Bereichen
  - Life Science
  - Logistik
  - Maschinenbau
  - Handwerk
  - Kompetenzzentrum Grün
  - Tourismus und Freizeit

- Attraktivierung der Bergedorfer City (insbesondere „Business Improvement District“)
- Entwicklung eines Industrie- und Gewerbeparks am Schleusengraben
- Internetauftritt (Gewerbeflächen bei „hamburg.de“ einstellen, „bergedorf.de“ entwickeln)
- (Verstärktes) „Lobbying“ bei der HWF
- Aktive Bestandspflege
- Initiierung eins „Sprechtags für die Wirtschaft“ in Zusammenarbeit mit WSB und BWA
- Mitarbeit bei Projekten der WSB

Darüber hinaus wurde die aufgrund der Vereinbarung zwischen der Finanzbehörde (Liegenschaftsverwaltung) und den Bezirksämtern eingerichtete „Verbindungsstelle“ für Liegenschaftsangelegenheiten der neuen Abteilung für Wirtschafts- und Stadtentwicklung zugeordnet.

1.5 Beauftragte für Beschäftigungsförderung und soziale Stadtteilentwicklung

Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 428.91.2530

Entwicklung des Bergedorfer Arbeitsmarktes 2003

Die negative wirtschaftliche Entwicklung führte im Berichtsjahr 2003 auch in Bergedorf zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Arbeitslose In Bergedorf	2003 absolut / %	2002 absolut / %	Arbeitslose in Hamburg 2003
Bestand:	4.852 (9,6%)	4.158 / (8,3%)	86.345 (11,3 %)[1]
Davon:			
Männer	2.750	2.355	52.160
Frauen	2.102	1.803	34.185
Arbeiter	2.665	2.340	46.091
Angestellte	2.187	1.818	40.253
Jugendliche unter 25 J.	576	572	8.471
Ältere 55 – 65 J.	593	621	11.458
Schwerbeh.	166	145	3.374
Ausländer	750	689	17.940
Langzeitarb.	985	781	24.629
Beschäftigungsmaßnahmen:			
ABM [2]:	82	83	1.301
SAM	17	14	646
Berufliche Weiterbildung	415	583	5.149

[1]) Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose)
[2]) Die durchschnittliche Laufzeit der ABM hat sich auf 6 – 10 Monate (2002: 12 Monate) verkürzt.

Die Beschäftigungsbeauftragte berät freie Träger hinsichtlich des arbeitsmarktlichen Instrumentariums, unterstützt diese bei der Beantragung und Durchführung der arbeitsmarktlichen Maßnahmen und initiiert neue Projekte zur Beschäftigungsförderung für benachteiligte und schwervermittelbare Personen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei wird das Ziel verfolgt, entsprechend des strukturellen Wandels des Arbeitsmarktes Arbeitslose aktiv zu unterstützen, für den Bedarf des Arbeitsmarktes zu qualifizieren und arbeitsfähig zu machen. Darüber hinaus werden auch ehemalige Sozialhilfeempfänger, die bei der Hamburger Arbeit das 1-€-Programm durchlaufen haben, an Bergedorfer Betriebe oder freie Träger vermittelt. Auch das Bezirksamt Bergedorf beschäftigt durchschnittlich 20 ehemalige Sozialhilfeempfänger im Rahmen des Projektes „Sauberkeit der Stadt".

Sprungbrett Dienstleistungen gGmbH

Der bezirkliche Beschäftigungsträger Sprungbrett konnte im Berichtsjahr die durchschnittliche Stellenbesetzung im Vergleich zum Vorjahr im wesentlichen beibehalten. (2002: Gesamtstellenzahl 120; 2003: 118) Aufgrund der neu eingeführten Fallkostenpauschale und damit veränderter betriebswirtschaftlicher Bedingungen wurden – wie im Berichtsjahr 2002 angekündigt – die Projekte „Grüne Pause" und „Kleiderquelle" geschlossen. Der Fortbestand für das Projekt „Möbelbergedorf" ist auch für das Jahr 2004 noch nicht gesichert.

Bergedorfer Impuls gGmbH

Der Bergedorfer Impuls konnte im Berichtsjahr die Zahl der Beschäftigten von durchschnittlich 40 Personen beibehalten. Davon sind 16 Personen psychisch schwerbehindert. Darüber hinaus gibt es eine unterschiedlich hohe Anzahl (bis 30 Personen) die als Rehabilitanden nach Erkrankung (auch in Teilzeit) beim Impuls beschäftigt sind. Der von der Aktion Mensch geförderte Buchhaltungs- und Büroservice hat mittlerweile 3 feste Arbeitsplätze für psychisch Kranke einrichten können und verläuft sehr erfolgreich. Insgesamt ist die Entwicklung des Bergedorfer Impuls mit den bestehenden drei Projekten Wäscherei (Weidenbaumsweg 139); Kunststoffwerkstatt (Dusiplatz); Casino (Arbeitsamt Hamburg) sowohl bezogen auf die Auftrags- und Beschäftigungslage als auch auf die Vermittlungsquote der Zielgruppenbeschäftigten (rd. 40%) als gut zu bezeichnen.

Bergedorfer Ausbildungsplatzinitiative

Die Bergedorfer Ausbildungsplatzinitiative, in der Vertreterinnen und Vertreter der Handwerkskammer Bergedorf, der Grone/JAZ Ausbildungsagentur, der Wirtschaftlichen Vereinigung, des DGB, der Hauni-Maschinenbau-AG, der Schulen, des Bezirksamtes (Beschäftigungsbeauftragte und Wirtschaftsbeauftragter) sowie der Fraktionen in der Bezirksversammlung zusammenarbeiten, hat auch im Berichtsjahr 2003 kontinuierlich gearbeitet und sowohl Schulabgängerinnen und –abgänger über Berufe in Bergedorf und die hierfür erforderlichen Voraussetzungen informiert als auch bei Bergedorfer Betrieben für mehr Ausbildungsplätze geworben. Im Einzelnen wurden folgende Aktionen durchgeführt:

- Die Telefonhotline am 30.6. und 1.7.03 in der Bergedorfer Zeitung zur Vermittlung von noch offenen Lehrstellen

- Die Bergedorfer Ausbildungswoche im CCB vom 25.3.03 bis 28.03.2003 zur Information über Betriebe und Berufe in Bergedorf

- Die Erstellung des Bergedorfer Lehrstellenatlas 2003 mit Informationen über Bergedor fer Betriebe, Praktikumsplätze und Lehrstellen sowie Tipps zur Bewerbung.

Bergedorfer Netzwerk

Die Vorbereitungen zur Einrichtung eines Bergedorfer Netzwerkes zur Beschäftigung von lern- und psychisch Behinderten im Bezirk Bergedorf konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Am 30. Oktober 2003 wurde das Netzwerk Bergedorf, ein Kooperationsverbund der Stiftung Alsterdorf, des Bergedorfer Impuls und des Begleiter e.V. in der Werkstatt August-Bebel-Straße eingeweiht. Begonnen wird mit Landschaftspflegearbeiten und Gartenbau. Insgesamt sind 12 Arbeitsplätze für das kommende Jahr geplant.

ESF-Projekte für Bergedorf

Im Berichtszeitraum 2003 ist es gelungen, in Bergedorf vier über den europäischen Sozialfonds geförderte Projekte „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ mit dem Ziel der Förderung der beruflichen Eingliederung umzusetzen.

1. „Beratung und Entwicklung von Projekten“,
   Beratung und Unterstützung potentieller Träger im Bezirk bei der Entwicklung und Durchführung von Projekten, die zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und der sozialen Entwicklung auf lokaler Ebene beitragen.
   Laufzeit 11/ 2003 – 10/2005,
   Träger: Bezirksamt Bergedorf

2. „Schülercoaching im Übergang von Schule und Beruf“,
   Sozial benachteiligte Schüler befähigen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten durch gezielte Nachhilfe von Schülern in Klassen 9 und 10, konkreter Hilfe bei Prüfungsängsten und Beratung bei der Ausbildungsplatzsuche
   Laufzeit 1.1.03 – 31.12.04,
   Träger: Ev.lt. Auferstehungsgemeinde Lohbrügge

3. „KOMM in Neu Allermöhe“
   Beratung von Eltern und Schülern mit Migrationshintergrund, insbes. aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion über die Bedeutung eines qualifizierten Schulabschlusses im Hinblick auf die Chancen der späteren Berufswahl und die Verbesserung der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus.
   Laufzeit: 1.12.2002 – 15.07.2004
   Träger: Bürgerinnen und Bürger für Allermöhe e.V. in Zusammenarbeit mit dem KiFaZ Neu Allermöhe

4. „START“
   Frauen aus Neuallermöhe und Lohbrügge Nord mit Migrationshintergrund und Berufsrückkehrerinnen und benachteiligte arbeitslose Personen werden hinsichtlich ihrer beruflichen Orientierung sowie entsprechend ihrer Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt gefördert. Sie erlangen wichtige, verschiedene Kompetenzen, wie z.B. die deutsche Sprachkompetenz. Sie erlernen die Nutzung von Medien zur Arbeitsplatzsuche, machen Bewerbungstraining und Training von Vorstellungsgesprächen.
   Laufzeit 1.1.03 – 31.12.03
   Träger: Sprungbrett e.V.

Soziale Stadtteilentwicklung Lohbrügge Nord

Gemäß des Senatsbeschlusses vom 10.12.2002 ging die Verantwortung für die Durchführung des hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms seit dem Berichtsjahr 2003 an die Bezirksämter über.

Die geplante Förderung und Umsetzung der großen Projekte für Lohbrügge-Nord – wie in den Zielen für 2003 beschrieben - ist erfolgreich verlaufen. Im Einzelnen sind dies:

1. LoLa-Saalanbau: Die erforderlichen Vorbereitungen zum Saalanbau (Finanzierungsabklärung, Bauantrag, Ausschreibung) mit dem Ziel, die Besucherkapazitäten um 30 % zu erhöhen, sind abgeschlossen und am 12.12.2003 erfolgte die offizielle Grundsteinlegung.

2. Gemeindezentrum KAP: Die Umbauarbeiten wurden im Februar 2003 abgeschlossen. Entstanden ist ein Gemeinschaftszentrum mit verschiedenen integrativen Angeboten wie: Jugendzentrum, Seniorenbegegnungsstätte, Kantorei, Tagespflegestätte und das Büro von „Leben mit Behinderung“ e.V. Als neuer Mittelpunkt der Einrichtung dient das Café.

3. KiTa Schulenburgring: Die Neuanlage des Außengeländes der KiTa mit dem Ziel, es naturgemäßer zu gestalten und die Spielsituation für die Kinder mit multifunktionalen Spielgeräten zu verbessern, ist erfolgreich abgeschlossen.

4. Wohnumfeldgestaltung Lohbrügger Landstraße / Mendelstraße / Grandkoppelstieg: Bei den SAGA-Häusern sind umfassende Modernisierungsmaßnahmen (Sanierung der Fassaden, Neugestaltung der Hauseingänge) durchgeführt worden. In einer zweiten Phase wurden die Außenanlagen umgestaltet, insbesondere Spielplätze zwischen den Häusern und Gärten neu angelegt und Wege beleuchtet.

5. VfL Lohbrügge: Die Realisierung des Sport- und Freizeitzentrums „Wilhelm Lindemann“ ist entscheidend vorangekommen. Eine Überarbeitung des Finanzierungskonzeptes wurde notwendig, da ursprünglich geplant war, Bauarbeiten vom Beschäftigungsträger „Arbeit und Lernen“ durchführen zu lassen. Diese Planung konnte aber aufgrund veränderter Fördermaßnahmen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und der Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr realisiert werden, so dass Mehrkosten auf den VfL zukamen. Die Baugenehmigung liegt bereits vor und die Ausschreibungen sind gemacht.

Ziele für 2004

- Beratung der freien Träger bei der Durchführung von Projekten zur Beschäftigungsförderung

- Beratung der Maßnahmeträger im Rahmen des ESF „lokales Kapital für soziale Zwe cke“

- Unterstützung der Bergedorfer Ausbildungsplatzinitiative, insbesondere hinsichtlich der

- Beratung von Schulabgängern bei der Lehrstellensuche
- Ausbau des Bergedorfer Netzwerkes hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten und der Arbeitsaufträge

- Förderung und Umsetzung der geplanten Projekte in Lohbrügge-Nord im Rahmen der Stadtteilentwicklung, insbesondere: VfL-Sportzentrum, Jugendclub-Lohbrügge-West, erforderliche Maßnahmen zur Schulhofumgestaltung einzelner Lohbrügger Schulen und Planung für ein Bürgerhaus.

2. R E C H T S D E Z E R N A T

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028/2029

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		30,81	31,18	18,7 (ohne Liegenschafts-amt)
Sachkostenbudget				
Ansatz und Rest Vorjahr	**Soll**	39.288	28.620	29.479
Ausgaben	**Ist**	30.263	22.123	23.999
übertragbarer Rest		9.025	6.497	5.400
betreute Fachausschüsse		Bezirksversammlung und Hauptausschuss		

1)Stellen gemäß Stellenplan; das Beschäftigungsvolumen wurde nicht ermittelt.

In Zusammenhang mit der Erzielung von Einspareffekten hatte der Senat entschieden, die bezirklichen Liegenschaftsämter bei der Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde zu zentralisieren. Diese Veränderung wurde nach einem zeitaufwändigen Planungs- und Vorbereitungsprozess räumlich zum 1.10.2003 vollzogen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bergedorfer Liegenschaftsamtes sind aus dem Gebäude des Amtsgerichts in die Dammtorstraße umgezogen. Da es Personalfluktuation, aber bereits zuvor Nachbesetzungssperren gegeben hatte, war die Arbeitssituation während des gesamten Jahres äußerst unbefriedigend. Nur durch vorübergehende Beschäftigung einer bereits im Ruhestand befindlichen Zeichnerin konnten z.B. die zum Abschluss von Verträgen unverzichtbaren Pläne erstellt werden. Ein Mitarbeiter ist mit der Aufgabe, die Verbindung zwischen Bezirksamt und Liegenschaftsverwaltung z.B. in Bauplanungsangelegenheiten zu sichern, im Bezirksamt verblieben. Er ist im Büro für Wirtschaftsförderung angebunden.

2.1 Rechtsamt
(Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice)

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	4,5	4,5	4,5

Das Rechtsamt hat insgesamt eine Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen. Die Zahl der neuen Widerspruchsverfahren erreicht mit 557 nach zweimaligen Rückgängen nahezu wieder den hohen Stand aus 2000 (586). Erfreulich dabei ist, dass es wiederum weniger Widersprüche in Bauprüf- und Bauangelegenheiten gab. Darin spiegelt sich einerseits der Rückgang an Bauanträgen insgesamt, aber wohl auch eine inzwischen gefestigte Rechtsprechung, höhere Rechtssicherheit und gute Beratung durch die Bauprüfabteilung wider. Allerdings ist in Bausachen häufig keine Verständigung mit dem bauwilligen Bürger oder widersprechenden Nachbarn möglich. Ein relativ hoher Anteil der Fälle, nämlich 44 musste durch Bescheid entschieden werden, wogegen wiederum in 30 Fallen Klage erhoben wurde.

Zurückzuführen ist die allgemeine Fallzahlsteigerung im Wesentlichen auf den enormen Anstieg bei den Sozial- und Jugendhilfesachen. Das betrifft vor allem Widerspruchverfahren, aber auch Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht. Die Neigung, sich gegen ablehnende Entscheidungen zu wehren, hat deutlich zugenommen, sicher auch in Abhängigkeit von der allgemeinen ökonomischen Situation. Häufig akzeptieren Hilfesuchende nicht,

dass sie keine einmaligen Hilfen (von der Waschmaschine bis zu Möbeln oder Bekleidung) erhalten oder nachhaltig darauf verwiesen werden, sich intensiv um Arbeit zu bemühen. Erfolge von Antragstellern vor Gericht beruhen gelegentlich darauf, dass verspätet doch noch beweiskräftige Unterlagen beigebracht werden. Auffällig ist, dass rund die Hälfte aller Widersprechenden ihren Widerspruch nach einer ausführlichen Erläuterung der Rechtslage zurücknimmt. Abgesehen davon, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechtsamts hier vielleicht eine höhere Autorität oder Glaubwürdigkeit als Sachbearbeiter im Grundsicherungs- und Sozialamt haben, soll geprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt, durch eine andere Herangehensweise in Zukunft wenigstens einen Teil der Widersprüche zu vermeiden. Gut funktioniert, dass das Rechtsamt um eine schriftliche Stellungnahme gebeten wird, bevor möglicherweise eine fehlerhafte Entscheidung getroffen wird. Davon wird, auch im Sinne guter kollegialer Zusammenarbeit, mehr und mehr Gebrauch gemacht.

Durch Ausnutzung aller Rationalisierungsmöglichkeiten und ebenso zügiges wie engagiertes Arbeiten ist es gelungen, die Verfahrensdauern bei Widerspruchsverfahren wieder zu verkürzen. Mit einem Durchschnitt von 155,1 Tagen können wir zwar nicht restlos zufrieden sein, aber man muss berücksichtigen, dass manche Verfahren von ihrer Natur her nicht zügig abzuwickeln sind. Sehr erfreulich ist, dass das Verwaltungsgericht im einstweiligen Anordnungsverfahren im vergangenen Jahr durchschnittlich nur noch 52,5 Tage benötigt hat. Vor allem in Sozialhilfesachen konnten Entscheidungen teilweise sogar innerhalb einer Woche getroffen werden.
Im Zahlenvergleich aller Bezirksrechtsämter liegt das Rechtsamt Bergedorf mit seinen Erledigungsziffern an 2. Stelle hinter Hamburg-Mitte. Dieses hervorragende Ergebnis war nur zu erzielen auf Grund der hohen Arbeitsmotivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der geringen Krankheitsquote. In einem so kleinen Rechtsamt könnten Personalausfälle nicht überbrückt werden.

Der im Vorjahr begonnene Modellversuch Telearbeitsplatz ist fortgeführt worden mit 1½ Anwesenheitstagen wöchentlich im Bezirksamt.

Ziele für 2004

Der Abbau von Rückständen und die Verkürzung von Verfahrensdauern ohne Qualitätsverlust der Bescheide bleiben weiter vorrangiges Ziel. Vor allem in Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten soll die Zahl der angegriffenen Entscheidungen reduziert werden. Außerdem wird angestrebt, die Quote der einvernehmlich mit dem Bürger beendeten Verfahren zu erhöhen.

Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice

Widerspruchsverfahren	**Ist 2001**	**Ist 2002**	**Ist 2003**
Zugang	483	465	557
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	478	386	461
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	76	63	70
Bestand am 31.12.	253	269	310
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	100	90	78
- erledigt	117	91	84

- davon zugunsten d. Widersprechenden	11,9 %	15,4 %	20,2 %
- Rest	92	91	85
- andere Angelegenheiten des Bauamtes			
- Zugang	53	26	29
- erledigt	49	31	26
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20,4 %	9,7 %	23,1 %
- Rest	23	18	21
- Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten			
- Zugang	162	194	320
- erledigt	204	160	280
- davon zugunsten d. Widersprechenden	8,3 %	14,3 %	12,5 %
- Rest	52	86	126
- Einwohneramtangelegenheiten			
- Zugang	40	44	30
- erledigt	45	42	35
- davon zugunsten d. Widersprechenden	11,1 %	16,7 %	0 %
- Rest	11	13	8
- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	54	43	37
- erledigt	55	46	32
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20 %	13,0 %	9,4 %
- Rest	22	19	24
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	54	32	32
- erledigt	63	42	31
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20,6 %	16,7 %	12,9 %
- Rest	35	25	26
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	20	36	31
- erledigt	21	36	28
- davon zugunsten d. Widersprechenden	29 %	19,4 %	17,9 %
- Rest	16	16	19

Verfahren vor den Gerichten (Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)	**2001**	**2002**	**2003**
Antragsverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	65	54	86
- abgeschlossen wurden	69	64	87
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	10	4	18
- Bestand	18	13	12
Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	104	99	94
- abgeschlossen wurden	96	111	87
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	17	14	19
- Bestand	151	139	131
Rechtsservice			
Zugang	368	417	432

Erledigung	371	366	421
Rest	124	175	186
Verfahrensdauer in Tagen			
Verfahren im Bezirksamt	173,9	201,5	175,0
- davon Widerspruchsverfahren	156,6	176,3	155,1
Gerichtsverfahren			
- Antragsverfahren	79,7	121,3	52,5
- Beschwerdeverfahren	166	240,9	58,9
- Klageverfahren	429,9	553	424,2
- Berufungsverfahren	722,6	343,9	473,8

2.2 Liegenschaftsamt (Management des Grundvermögens)

Leitung: Gernot Müller, Tel. 42891-2640

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	13,00	11,57	7,1

Mit diesem Beitrag nimmt das Liegenschaftsamt als Teil der Bezirksverwaltung nach über 50 Jahren Abschied vom Bezirksamt Bergedorf. Der Umzug fand am 28.8.2003 statt.
Zum Verlauf des vergangenen Jahres ist folgendes zu berichten:
Das Liegenschaftsamt verwaltete das Grundeigentum des Bezirks mit einer Größe von ca. 5.500 ha. Dies entspricht bei einer Gesamtgröße des Bezirks von ca. 15.476 ha einem unveränderten Anteil von rd. 35 %.
Die Arbeit des Liegenschaftsamtes setzte sich im letzten Jahr wesentlich mit den Arbeitsschwerpunkten

Wohnungsbau in Neu-Allermöhe und
Deichlandbeschaffung / Hochwasserschutz

fort.
Dazu war ein unvorhersehbarer, in dem Umfang bisher nicht bekannter, Arbeitsanfall als Folge der Jahrhundertniederschläge zu bewältigen.

Seit Mai 2002 dominierten die „Jesteburger Beschlüsse“ im Bezug auf die dort beschlossene Zentralisierung der Liegenschaftsämter das weitere Geschehen in der Dienststelle.

Das Liegenschaftsamt gehört ab dem 20.02.2003 zur Finanzbehörde.

2.3 Wirtschafts- und Ordnungsamt (Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten)

Leitung: bis 31.12.2003 Ingeborg Alter Tel: 428 91-2570

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	13,31	14,1	13,2

Das Wirtschafts- und Ordnungsamt hatte sich im Bericht über das Vorjahr folgende Ziele formuliert:

- Durchführung des Bergedorfer Stadtfestes, Beginn der Vorbereitungen und Planungen im Januar 2003.

- Qualitätszirkel Telefonische Erreichbarkeit des Wirtschafts- und Ordnungsamtes (im Zusammenhang mit dem neu zu bildenden Verbraucherschutzamt)

- „Projekt“: Vorbereitung auf die Umstellung der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel Rahmenzuweisung Z 68 „Märkte und Volksfeste“ auf die Bezirke, d.h. Kosten- und Leistungsrechnungen *für jede* Veranstaltung (Volksfest oder Wochenmarkt)

- Qualitätszirkel, gemeinsam mit dem Bauamt „Wilde Flohmärkte“

Auch 2003 konnte das Stadtfest bei bestem Wetter mit großem Erfolg, aber auch erheblichem Arbeitseinsatz durchgeführt werden. Das Wirtschafts- und Ordnungsamt war nicht nur mit den organisatorischen Vorbereitungen und der Durchführung des Stadtfestes bis zur Schlusszeit an allen Tagen, sondern auch mit Beratung zum Gewerbe- und Gaststättenrecht sowie in diesem Zusammenhang zu erteilenden Genehmigungen befasst.
Ein Qualitätszirkel zur telefonischen Erreichbarkeit wurde eingerichtet, der entsprechende Vorschläge erarbeitet hat.

Wie geplant, wurden die „wilden Flohmärkte“, die sich zunehmend neben einigen Wochenmärkten „etablierten“, Kontrollen unterzogen. Nicht zugelassene Händler wurden in diesem Zusammenhang der Flächen verwiesen. Lediglich Kinder, die ihre gebrauchten Spielsachen und Kleidung anboten, werden auch weiterhin geduldet.

Nicht unerwähnt bleiben soll die in den Bezirksämtern Bergedorf und Nord durchgeführte Pilotierung von „Hamlet“. Es handelt sich hierbei um eine EDV-Anwendung, die u.a.

- den mit der Sicherheit und Überwachung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen beschäftigten Dienststellen einen schnelleren Datenzugriff und damit eine beschleunigte Reaktion auf Problemlagen in diesem Arbeitsbereich ermöglichen und

- zur Vereinheitlichung statistischer Daten beitragen soll. Die Pilotierung und die damit verbundene Optimierung der Anwendung konnte im vergangenen Jahr weitestgehend abgeschlossen werden. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine flächendeckende Einführung in ganz Hamburg erfüllt.

Ziele für 2004

Ab 1.1. 2004 gibt es im Bezirksamt ein Verbraucherschutzamt, in dem das Wirtschafts- und Ordnungsamt, die Umweltabteilung des Gesundheitsamtes und das Veterinäramt zusammen gefasst werden. Es steht unter der Leitung des bisherigen Leiters der Umweltabteilung des Gesundheits- und Umweltamtes, Herrn Helmut Hoffmann. Aus dieser Veränderung ergibt sich ein wesentliches Ziel:

- Aufbau neuer Organisationsstrukturen und Anpassung von Arbeitsabläufen im Zusammenhang mit der Gründung von Verbraucherschutzämtern.

Nach der Übertragung der wirtschaftlichen Verantwortung für die Märkte auf die Bezirke sind die kalkulatorischen und organisatorischen Grundlagen zur Wahrnehmung der damit

zusammen hängenden Aufgaben zu entwickeln. Daraus ergibt sich ein zweites wesentliches Ziel:

- Erstellung einer Kalkulationsgrundlage für die Ermittlung kostendeckender Gebühren im Rahmen einer eigenverantwortlichen Bewirtschaftung der Märkte.

Verbraucherschutz	**2001**	**2002**	**2003**
Gewerbebetriebe insgesamt	7.655	7.881	8193
davon:			
- überwachungspflichtige Betriebe i.S.d. Lebensmittelrechts einschl. Marktstände	1.059	948	1041
- mobile Betriebe (aus Anlass von Veranstaltungen)	604	275	685
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
- Kontrollen und Beratungen	4.154	3.727	4.971
- Probenentnahmen	440	470	512
- Sonstige Gewerbe	6.596	6.933	7881
-anlassbezogene Kontrollen:	782	600	691
Zahl der erteilten Gaststättenerlaubnisse:	396	369	349
davon Vollkonzessionen		66	51
davon Tageskonzessionen		303	298
Zahl der Gewerbean-, -um und -abmeldungen	2.052[2]	2.300	2385

Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	**2001**	**2002**	**2003**
• Zahl der neu ausgestellten waffenrechtlichen Erlaubnisse	43	48	[1]
• Zahl der Kontrollen von Waffenhändlern und -herstellern	2	2	-“-
• Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO	28	28	21
• Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind (bei einer Anzahl von 130 Gartennutzungen)	2	6	13

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	**2001**	**2002**	**2003**
• Zahl der Markttage	311	311	312
• Zahl der Händler	250	250	250
• Vorhandene Marktfläche (Frontmeter)	1878	1878	1878[2]
• Genutzte Marktfläche (Frontmeter) aufgeteilt nach Markttagen[3]			
Di. Chrysanderstraße	708	708	708
Mi. Lohbrügge	590	590	590
Do. Bergedorf-West	333	333	333
Fr. Chrysanderstraße	708	708	708
Sa. Lohbrügge und Fleetplatz	837	837	837

[1] Seit Mitte des Jahres werden diese Aufgaben von der Bfl wahrgenommen.
[2] Zur Vorbereitung der Gebührenkalkulation in 2003 genau vermessen.
[3] Bei maximaler Auslastung

3. B A U D E Z E R N A T

Bauamt

Leitung: Volker Hempel, Tel. 42891-2055

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		168,96	125,02	122,7
Sachkostenbudget Ansatz und Rest Vorjahr Ausgaben übertragbarer Rest	 **Soll** **Ist** 	 148.309 146.481 1.828	 127.195 118.269 5.108	 130.475 113.085 17.390
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres sowie gelegentlich für Sport und Kultur		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		91	125	86
Einnahmen insgesamt [1]	**Soll** **Ist**	4.946.247 4.530.996	3.019.127 2.599.063	2.814.015 2.611.111
Ausgaben insgesamt [2]	**Ist**	15.101.401	18.101.133	14.808.801

Für das Baudezernat sind rückblickend für 2003 folgende selbst gesetzte und extern gesteuerte Schwerpunkte zu nennen:

Beschlüsse von Jesteburg (bzw. im Verlauf 2002 modifizierte Beschlüsse) das Bauamt betreffend, insbesondere:

- Vorgabe für den Bereich Tief und Grün, über alle Bezirke zusammen 4,0 Mio € p.a. dauerhaft Personal- und Betriebskosten abzusenken mit einer Übergangsfrist bis 2006 einschließlich:
  Die Schlüsselung der Quote auf die Bezirke konnte letztlich durch das federführende Bauamt (Bergedorf) einvernehmlich zum Termin 10.06.2003 vorgelegt werden (auf Bergedorf entfällt ein Anteil von 337.500,--€ von 4,0 Mio.€).

- Vorgabe für den Bereich Tief und Grün, die maximal mögliche Anzahl von Betriebsstandorten aufzugeben:

  Das Konzept wurde am 11.7.03 vorgelegt und ist unwidersprochen geblieben. Es sieht – über ganz Hamburg – neun Betriebshöfe vor, für jeden Bezirk einen, für zwei Bezirke aufgrund der Größe der Bezirke und der Lage der Standorte jeweils einen weiteren. Daneben gibt es in einigen Bezirken noch Stützpunkte (insges. 10). Bergedorf wird sich zukünftig auf einen Standort (Kampweg) beschränken. Die Planungen für den erforderlichen Neubau laufen.

[1] Ohne Wirtschaftsplan der Hochbauabteilung
[2] Ohne die Baudienststellen des Ortsamtes

- Vorgabe für die Bauämter, ihre Organisationsanstrengungen voranzutreiben, insbesondere die Reorganisation des Bereichs Tief und Grün durch Zusammenführen beider Teile:
  Alle Bezirke haben sich darauf verständigt, zumindest ihre Verwaltungsbereiche und ihre Betriebshöfe der beiden Bereiche Tiefbau und Gartenbau zu fusionieren. Darüber hinaus haben die Bezirke Mitte und Bergedorf de beiden Bereiche vollständig miteinander verschmolzen. Für Bergedorf erfolgte die Zusammenlegung im Dezember 2003. Erfahrungen mit der neuen Organisationsform werden erst in 2004 vorliegen.

- Vorgabe, die Hochbauabteilungen auszugliedern und an die Behörde für Bau und Verkehr BBV abzugeben:
  Die Behörde für Bau und Verkehr hat ihren eigenen Zeitplan nicht einhalten und die Hochbauabteilungen der Bezirke in die Behörde nicht zum 01.01.04 eingliedern können. Der Wirtschaftsplan der Abteilungen wird zwar unter der Verantwortung der BBV erstellt, im übrigen werden die Abteilungen von den jeweiligen Bauämtern und den Intendanzen der Bezirksämter weitergeführt bzw. verwaltet.
  Die weitere Entwicklung liegt in der Zuständigkeit der BBV.

Ausschließlich auf Bergedorf bezogene Entwicklungen:

Das Bauamt hat auch in 2003 wesentliche und entscheidende Beiträge zur Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung geleistet.
Den einzelnen Abteilungen des Bauamtes kommt – aufgrund ihrer unterschiedlichen Aufgaben – dabei unterschiedliche Bedeutung zu. Das Bauamt wird neue und für Bergedorf wichtige Entwicklungen fördern, begleiten und für ihre Realisierung die unerlässlichen öffentlich-rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dies bedeutet zum einen, dass räumliche Ordnungsvorstellungen entworfen und – darauf aufbauend – Planrecht geschaffen oder verändert werden muss. Dies bedeutet zum anderen, dass Projektentwickler, Investoren, Nutzer z.T. akquiriert, beraten und begleitet werden müssen; weiterhin, dass Bauherren beraten und nach Antragstellung möglichst kurzfristig zu bescheiden sind, dass vorhandene Infrastruktur unterhalten und zusätzlich erforderliche geschaffen werden muss.

- Nach der Zustimmung zum hochliegenden ZOB und nach der Bereitschaft der Behörde für Bau und Verkehr, zur Finanzierung des ZOB`s max. 12,5 Mio. € zuzuwenden:
  Mit der Vorplanung des hochliegenden ZOB`s, seiner Einbindung ins Straßennetz und ersten Kostenermittlungen ist begonnen worden. Danach reichen die vorgenannten 12,5 Mio € in keinem Falle aus, um den hochliegenden ZOB zu finanzieren. In der Variante mit nutzbarer Unterbauung - statt eines Erdkörpers unter dem ZOB - kann ein Finanzierungsbetrag erwirtschaftet werden, der nach jetzigem Stande ausreichen dürfte, um zusammen mit den o. g. öff. Mitteln die Gesamtmaßnahmen hochliegender ZOB zu realisieren. Gewissheit werden erst die Angebote des Anfang 2004 laufenden Bieterverfahrens für die Flächen des ehemaligen ZOB, den Unterbau unter den neuen ZOB und die Fläche südl. der B5 bringen.
- Die Neugestaltung des Sachsentors ist weitgehend realisiert. Neben Lob und Anerkennung gibt es aber auch Kritik. Es ist offenbar nicht ausreichend gelungen, den Bürgern verständlich zu machen, dass wg. der zwingend gebotenen, größtmöglichen Rücksichtnahme auf die Geschäftstätigkeit das Sachsentor **zügig** umgebaut werden musste, und Feinarbeiten erst zum Schluss nachgeholt werden können. Erschwerend entsteht durch die Winterpause 03/04 der Eindruck, dass der Zustand zum Jahreswechsel der endgültige sein werde. Dies ist nicht der Fall.
  Die Federführung der Bauausführung lag bei der Tiefbauabteilung. Bei der Koordinatorin der Planungsabteilung verblieben die Schwerpunkte für die gestalterische Ausführung der Maßnahme (Leuchten, Papierkörbe, Obstkarre, Bänke usw.), sowie die Koordination für die Treffen des verbleibenden kooperativen Planungsverfahrens zu bestimmten Themenstellungen.

- Zustimmung des Senats zur Ansiedlung eines großen Möbelhauses am Schleusengraben:
  Das Möbelhaus hat es 2003 nicht vermocht, das Grundstück zu erwerben. Das Amt geht davon aus, dass dieser Verfahrensstand nicht endgültig und die Hoffnung begründet ist, dass es dem Möbelhaus noch gelingt, das Grundstück zu erwerben.
- Weitere Begleitung des Bille-Bad-Projektes, Einleitung des Bebauungsplans und Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung:
  Abrissarbeiten von Teilen des alten Bades und der Neubau haben begonnen. Der Wettbewerb für die Wohnungen auf der südl. Hälfte des Bille-Bad-Geländes läuft und wird Anfang 2004 entschieden.
- AK-Bergedorf Gelände Gojenbergsweg:
  Das Bauamt hat erhebliche Ressourcen in die Verwertung des Geländes investiert. Trotz frühzeitiger enger Rückkoppelung mit der Finanzbehörde, Liegenschaftsverwaltung ist es im gesamten Jahr 2003 nicht gelungen, eine verlässliche Aussage darüber zu erhalten, wer das Grundstück mit welchen Rechten verwerten wird. Damit sind alle Bemühungen, potentielle Investoren für das Gebäude nachhaltig zu interessieren, vorläufig ergebnislos verlaufen. Für 2004 wird erwartet, dass es zu einer verbindlichen und endgültigen Regelung zwischen der Krankenhausgesellschaft und der Stadt kommt. Dann könnte an die z. T. fortgeschrittenen Arbeitsstände interessierter Investoren wieder angeknüpft werden.

3.1 Verwaltungsabteilung

Die Verwaltungsabteilung nahm in 2003 neben ihren „klassischen“ Aufgaben (Submissionsstelle für das gesamte Bauamt, Verwaltung des Sachmittelbudgets etc.) schwerpunktmäßig eine Geschäftsführungs/Koordinierungsfunktion sowohl im bezirksamtsinternen, als auch –im Rahmen der Federführung – im bezirksamtsübergreifenden Umstrukturierungsprozess Tief+Grün wahr.

	2001	2002	2003
Eröffnungstermine und Nachrechnung der Ausschreibungsangebote	130	120	101

3.2 Planungsabteilung

Leitung: kommissarische Leitung Klaus Wittmann (bis 31.10.2003, Tel. 428.91-2155), seit her Eckehard Kolwa (Tel. 428.91-2058)

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		11,75	12,89	11,3
Einnahmen in €	Soll	511	1.000	1.000
	Ist	384	707	342
Ausgaben in €		179.484	92.223	225.000
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne [1)]		22	22	23

Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha [1)]		947	939	938
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		3, davon 2 ÖPD	6	1

1) Stichtag 31.12.; erfasst werden Bebauungspläne, für die Grobabstimmungen durchgeführt wurden oder vorbereitet werden

Aufgabe der Planungsabteilung ist, die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und die Entwicklung von Natur und Landschaft im Bezirksamtsbereich durch Planung zu leiten sowie die bezirklichen Interessen bei Planungen Dritter zu vertreten.

Leistungen

Die Planungsabteilung erbringt im Wesentlichen folgende Leistungen mit unterschiedlichem Gestaltungsspielraum:

- Erarbeitung von Struktur-, Funktions- und Entwicklungsplänen,
- Mitwirkung an der Erarbeitung von teilräumlichen und thematischen Entwicklungsplänen,
- Vorbereitende Arbeiten für Bebauungs- und Landschaftspläne,
- Durchführung von Bebauungs- und Landschaftsplanverfahren,
- Veränderungssperren (§ 14 BauGB) und Veränderungsverbote (§ 8 HmbNatSchG),
- Erarbeitung von Erhaltungsverordnungen,
- Fachliche Stellungnahmen aus städtebaulicher und landschaftsplanerischer Sicht,
- Vertretung bezirklicher Belange bei städtebaulichen und landschaftlichen Planungen und Rechtsetzungsverfahren anderer Dienststellen,
- Betreuung von Wettbewerbsverfahren,
- Standortsuche und –planung,
- Aufgaben d. Umsetzung städtebaulicher Planung
- Koordination großer Vorhaben der Stadtentwicklung,
- Unterstützung von Maßnahmen, die der Standortgunst Bergedorfs dienen

Stellungnahmen zu Planungsvorhaben Dritter und zu Bauvorhaben

- schriftliche und mündliche Stellungnahmen aus städtebaulicher und landschaftsplanerischer Sicht zu Planungsvorhaben Dritter und zu Bauvorhaben, insbesondere Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen für Zurückstellungen gemäß § 15 BauGB
- Abwägungen nach § 125 (2) BauGB

Sonstiges

- NEU ab November 2003: federführende Steuerung der Abstimmung fachlicher Belange bei der Weiterentwicklung der Digitalen Bebauungsplanung in Hamburg

Die Anzahl und die Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne hat nach stetiger Steigerung bis ins Jahr 2001 ein Niveau erreicht, das sich mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr erhöhen lässt. Die Ausgaben für Planungs- und sonstige Mittel sind nach einem außergewöhnlichen „Hoch“ im Jahre 2000 erheblich gesunken, da keine neuen Strukturuntersuchungen für größere Gebiete in Auftrag gegeben werden können, solange die Bebauungsplanverfahren, die sich von den vorhandenen Strukturuntersuchungen ableiten, nicht abgeschlossen sind. Durch die umfangreichen Abstimmungen, die im Rahmen

von Bebauungsplanverfahren zu leisten sind und durch den hohen formalen Verfahrensaufwand sind die Möglichkeiten, externe Auftragnehmer einzuschalten, stark begrenzt.

Zudem war die personelle Situation in besonderer Weise angespannt, weil die Abteilung von Mai 2002 bis November 2003 nur kommissarisch geleitet wurde. Ab November 2003 wurde die Abteilung versuchsweise dem Leiter der Genehmigungsabteilung mit übertragen. Erkenntnisse aus diesem Versuch liegen noch nicht vor.

Das Arbeitsprogramm einer Planungsabteilung ist zu einem ganz wesentlichen Teil fremdbestimmt bzw. von der Zuarbeit anderer Dienststellen und der Beschlusslage politischer Gremien abhängig. Die Planungsabteilung verfügt nicht über die Möglichkeit, diese Stellen und die politischen Gremien hinsichtlich inhaltlicher oder zeitlicher Vorgaben anzuweisen. Ebenso wenig besteht die Möglichkeit, Planungen und Vorhaben anderer Dienststellen oder Institutionen vorherzusehen, zu steuern oder in ihrem zeitlichen Ablauf zu beeinflussen. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass aufgrund dieser Rahmenbedingungen nur in den seltensten Fällen Arbeitsprogramme und terminliche Vorstellungen eingehalten werden können, die über relativ weitgefasste qualitative Aussagen hinausgehen.

Die ab 2004 vom Bezirksamt auf BA 2 übertragene federführende Steuerung der Abstimmung fachlicher Belange bei der Weiterentwicklung der Digitalen Bebauungsplanung in Hamburg führt im Abschnitt Bebauungsplanung zu nochmals verringerten Kapazitäten, so dass die Anzahl der Bebauungsplanverfahren bis zum Jahresende 2004 voraussichtlich auf 20 reduziert werden muss.

Gleichfalls hat die für 2004 vorgesehene Einführung der Umweltprüfung nach Europa- bzw. Bundesrecht dazu geführt, dass neue Bebauungsplanverfahren bereits im Jahr 2003 entsprechend der zukünftigen Rechtsanlage vorbereitet wurden. Hierdurch wurden weitere Ressourcen zusätzlich gebunden.

3.2.1 Vorbereitende städtebauliche Planung

Zentrumsentwicklung - Ausschreibung städtischer Flächen im Bereich ZOB

Eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung des Bezirks nehmen die städtischen Flächen nördlich und südlich der Bergedorfer Straße im Bereich des ZOBs ein. Im Zusammenhang mit den Planungen für den neuen ZOB wurde die Ausschreibung von insgesamt drei städtischen Flächen mit einer Gesamtgröße von ca. 2,1 ha vorbereitet. Anhand von Vorgaben und von Prüfkriterien wurde ein Rahmen für die Ausschreibung formuliert und mit der Behörde für Bau und Verkehr und der Finanzbehörde abgestimmt. Dabei wurden die Ergebnisse des Runden Tisches zur Zentrumsentwicklung Bergedorf/Lohbrügge berücksichtigt. Die Federführung für die Ausschreibung liegt bei der Finanzbehörde, Liegenschaftsverwaltung.

Entwicklung von Wohnbauflächen

Nach den großflächigen Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte im Wohnungsbau in Bergedorf richten sich die Bemühungen zur Schaffung zusätzlicher Wohneinheiten inzwischen mehr auf kleinere Einheiten, die insgesamt gesehen aber auch einen wesentlichen Beitrag zur wachsenden Stadt leisten und dazu führen sollen, dass die Umlandwanderung tendenziell abnimmt.

Der Schwerpunkt der Bemühungen lag vor allem auf dem Bereich nördlich der Straße Reinbeker Redder. Hier haben von der Planungsabteilung beauftragte und betreute Stadt- und Landschaftsplaner ein Leitbild entwickelt, gemäß dem die Entwicklung mehrerer kleiner Bauflächen möglich ist. Diese Bauflächenentwicklungen müssen in 2004 weiter konkretisiert und mit den politischen Gremien, dem Umland und den Fachbehörden weiter abgestimmt werden.

Weiterhin wurden die Planungen für den Bereich südlich Rothenhauschaussee gemäß Auftrag der Senatskommission für Stadtentwicklung und der politischen Gremien in Bergedorf vor allem u.a. durch die Erstellung von Lärmgutachten intensiviert. Die ursprünglich vor-

handenen grundsätzlichen Bedenken einiger Fachbehörden gegen das Vorhaben konnten weitgehend ausgeräumt werden.

Die dringend notwendige Überplanung des derzeit noch durch das AK Bergedorf genutzten Geländes am Gojenbergsweg konnte leider nicht in der gewünschten Intensität vorangebracht werden. Um einen Leerstand zu vermeiden, hätte das Änderungsverfahren für den Bebauungsplan schon längst eingeleitet sein müssen. Aus den o.g. Gründen war dies nicht möglich. Es ist zu hoffen, dass es nunmehr in absehbarer Zeit zu einer einvernehmlichen Regelung zwischen den beiden Hauptbeteiligten kommt.

Gewerbeentwicklung - Gemeinschaftsfläche für Garten- und Landschaftsbaubetriebe
Die vorbereitenden Planungen für eine Gemeinschaftsfläche für Garten- und Landschaftsbaubetriebe, die sich in den Vier- und Marschlanden mit ihren großen Lager- und Kompostflächen nicht integrieren lassen, konnten in 2003 soweit vorangebracht werden, dass sich alle Behörden mit der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens einverstanden erklärten. Im weiteren Verfahren wird es u.a. auf die Bereitschaft der Betriebe ankommen, sich auf dieser Fläche gemeinsam zu organisieren.

Profilierung Standort Bergedorf
Einen verhältnismäßig großen Stellenwert haben 2003 die Bemühungen, den Standort Bergedorf zu profilieren und bekannter zu machen, eingenommen. Die Vorbereitung von Workshops, mit denen interessierte Investoren angesprochen werden sollen oder in denen die Rolle Bergedorfs in der wachsenden Stadt diskutiert werden soll, sind neben der Erarbeitung von Broschüren nur einige Beispiele, die in diesen Themenbereich fallen.

In dieser Thematik arbeitet die vorbereitende städtebauliche Planung eng mit dem Arbeitsbereich Wirtschafts- und Stadtentwicklung zusammen. An den regelmäßig stattfindenden Abstimmungsgesprächen beim Bezirksamtsleiter ist die Stadtplanung ebenfalls vertreten.

3.2.2 Projektentwicklung, Projektsteuerung - Koordinatorin für große Städtebauprojekte in Bergedorf

Bauvorhaben Neuallermöhe

Das größte hamburgische Wohnungsbauvorhaben mit ca. 270 ha Fläche ist soweit fortgeschritten, dass ca. 4.200 WE für ca. 10.000 Bewohner fertiggestellt sind. 3.500 Wohneinheiten wurden bisher im Geschosswohnungsbau und 700 Wohneinheiten als Eigentumsmaßnahmen bezogen. Die technische und soziale Infrastruktur ist bereits in Betrieb. Die Koordinatorin bearbeitet zahlreiche Einzelanfragen und Beurteilungen aus Neuallermöhe-West sowie Neuallermöhe-Ost. Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren die Vorbereitung für die Realisierung von 36 Eigentumsmaßnahmen im verdichteten Einfamilienhausbau in Neuallermöhe-Ost sowie die Umplanung der Stadtkante für ca. 250 WE. Weiterhin wird die Kunstjury des Kommunikations- und Kunstvereins zu dem Projekt „Kunst im öffentlichen Raum“ von der Koordinatorin als Jurymitglied begleitet.

Das vom Bezirksamtsleiter initiierte Aktionsprogramm zur Aufwertung des Edith-Stein-Platzes wurde von der Planungsabteilung begleitet.

Neubaugebiet Reinbeker Redder

Das Wohnbauvorhaben mit ca. 850 Wohneinheiten größtenteils im verdichteten Einfamilienhausbau und den dazugehörigen Infrastruktureinrichtungen wird seitens der Planungs-

abteilung durch die Koordinatorin begleitet, um eine verlässliche und qualitätsvolle Realisierung des Vorhabens zu erreichen. Derzeit sind ca. 450 Wohneinheiten fertiggestellt.

Neubau eines Schwimmbades mit einer Wohnanlage

Bäderland Hamburg errichtet an dem Standort des alten Bille-Bades ein neues Schwimmbad. Zusätzlich wird ein Teil des Grundstücks für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Das Vorhaben wird seitens der Planungsabteilung durch die Koordinatorin begleitet, um eine zügige und qualitätvolle Realisierung zu sichern.

Aktionsprogramm für die Bergedorfer City

Die Geschäftsführung für das vom Bezirksamtsleiter initiierte Aktionsprogramm für Bergedorf liegt bei der Planungsabteilung. Im Berichtszeitraum fanden 6 Sitzungen statt.

3.2.3 Bebauungsplanung

Für die Bebauungsplanverfahren Allermöhe 27 (Gewerbegebiet Allermöhe, Änderung), Allermöhe 28 (Fläche für Garten- und Landschaftsbaubetriebe) und Bergedorf 94 (ZOB) wurden Einleitungsgespräche durchgeführt und Aufstellungsbeschlüsse vorbereitet.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens Curslack 17 (Ortskern Curslack) wurde um die „Grashoffläche“ erweitert.

Ein Entwurf und eine Plandiskussion wurden vorbereitet für das Bebauungsplanverfahren Altengamme 10 (Schule Altengamme).

Eine Plandiskussion wurde durchgeführt für das Bebauungsplanverfahren Bergedorf 94.

Für die Bebauungsplanverfahren Curslack 15 und 16 (Auf der Böge), Kirchwerder 20 (Heinrich-Osterath-Straße) und Kirchwerder 25 (Landschaftsbaubetrieb Warwischer Hinterdeich) wurde die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt.

Für die Bebauungsplanverfahren Billwerder 26 (JVA), Kirchwerder 20 und Neuengamme 7 (Stegelviertel) wurden öffentliche Auslegungen durchgeführt. Die öffentliche Auslegung für das Verfahren Curslack 15 wurde im Dezember begonnen; sie endete im Januar 2004.

Der Bebauungsplan Kirchwerder 23 (Grundschule Zollenspieker und Umgebung) trat im Februar 2003 in Kraft, so dass das Verfahren mit der Beantwortung der Anregungen der Bürger abgeschlossen werden konnte.

Für Bebauungsplanverfahren, in denen Uferschutzstreifen vorgesehen sind, wurde mit den politischen Gremien ein Kompromiss abgestimmt, der weitgehend sowohl den landschaftsplanerischen, naturschutzfachlichen, formaljuristischen als auch den politischen Vorstellungen entspricht.

Zeitaufwändig gestaltete sich erneut die Abstimmung von Vorweggenehmigungen und sonstigen Bauwünschen, die von den Bürgern und politischen Gremien im Anschluss an die öffentlichen Plandiskussionen in die Bebauungsplanverfahren eingebracht wurden. Dies gilt insbesondere für die Bebauungsplanverfahren Altengamme 8 und 9 (Altengammer und Neuengammer Hausdeich), Altengamme 10, Kirchwerder 20 – 22 (Heinrich-Osterath-Straße), Neuengamme 7, Neuengamme 8 und 9 (Neuengammer Hausdeich Mitte) und Neuengamme 12 (südlicher Ortskern Neuengamme). In der Konsequenz mussten häufig Prüfungen und Abstimmungen mit dem Ziel durchgeführt werden, dass Grundstücke in gleicher städtebaulicher Lage gleichbehandelt werden.

Im Bebauungsplanverfahren Neuengamme 9 wurde eine Veränderungssperre abgestimmt und erlassen, damit die Planungsziele nicht gefährdet werden.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Kirchwerder 17 / Ochsenwerder 8 (Fünfhausen) wurden Abstimmungsgespräche mit der Finanzbehörde und dem Interessenten für das „Seehof"-Grundstück geführt. Für die Fortführung des Verfahrens ist ein verlässliches Realisierungskonzept und Kaufpreisangebot des Investors erforderlich, da ohne ein solches die Zweckbestimmung der Gemeinbedarfsfläche nicht verlässlich festgesetzt werden kann.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Curslack 17 wurde die Bebauung der „Grashoffläche" mit dem Grundeigentümer und dem Stadtplanungsausschuss abgestimmt.

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verbindliches Planungsrecht für die Vier- und Marschlande zu schaffen, erheblich näher gekommen. Dadurch kann die gewünschte städtebauliche und landschaftsplanerische Entwicklung in den Gebieten, für die Bebauungspläne aufgestellt wurden, bereits heute vom Bezirksamt und seinen politischen Gremien gesteuert werden.

Abwägungen nach § 125 Absatz 2 BauGB

Eine sehr zeitaufwändige Aufgabe ist die Durchführung von Abwägungen für die endgültige Herstellung von Straßen, für die keine Bebauungspläne vorliegen. Die Abwägungen sind oftmals auch erforderlich für Straßen, die bereits seit Jahrzehnten dem Verkehr gewidmet sind. Infolge eines Gerichtsurteils sind Recherchen erforderlich, die bis in die Zeit der Ursprünge der jeweiligen Wege zurückgehen. Andernfalls würde eine ordnungsgemäße Abwägung nicht stattfinden und könnten die Kosten für die Straßenbaumaßnahmen nicht auf die Anlieger übertragen werden. Derartige Abwägungen wurden durchgeführt für die Straßen Unterberg, Reinbeker Redder (Bushaltestelle für die Metrolinie 12) und Weidemoor.

Seit Oktober 2003 werden diese Abwägungen im Abschnitt „Städtebaurechtliche Bauberatung, städtebauliche Stellungnahmen" wahrgenommen.

3.2.4 Städtebaurechtliche Bauberatung, städtebauliche Stellungnahmen, Baukommission

Städtebauliche Auskünfte und Beratungen vor Antragsstellung werden von der Baugenehmigungsabteilung wahrgenommen. Die Planungsabteilung wurde in Einzelfällen beteiligt. In der Baukommission Bergedorf wurden im Jahre 2003 aus dem Antragsvolumen der Genehmigungsabteilung ca. 250 Anträge beurteilt, mithin ca. 50 mehr als 2002. Ein großer Anteil der zu beurteilenden Vorhaben liegt in Gebieten mit älterem Planungsrecht, das nicht mehr der heutigen Genehmigungspraxis entspricht. Daher wurden in großer Zahl Befreiungen zum Planungsrecht geprüft. Eingeschlossen sind Anträge für Sonder nutzungen auf öffentlichem Grund z.B. zum Aufstellen von Warenständern, Tischen und Stühlen zur Bewirtung. Hinzu kamen, bedingt durch die Umstrukturierung der Deutschen Post AG, die zahlreichen Anträge zur Aufstellung von Postablagekästen zur Erleichterung der Zustellung von Postsendungen auf öffentlichem Grund. In der Baukommission Vier- und Marschlande waren, da für den größten Teil des Gebietes der Baustufenplan von 1955 gilt, in der Regel aufwändige Einzelbeurteilungen nach §§ 34 und 35 BauGB oftmals mit eingehender Ortsbesichtigung erforderlich.

3.2.5 Landschaftsplanung

Entwicklungsplanung

Im Bereich vorbereitende Landschaftsplanung konnte in enger interdisziplinärer Zusammenarbeit der Fachrichtungen "Städtebau" und "Landschaftsplanung" die landschaftsplanerischen Voruntersuchung für den Bereich Ortskern Ochsenwerder (Beim Avenberg) ab-

geschlossen und vorbereitenden Planungen für eine Gemeinschaftsfläche für Garten- und Landschaftsbaubetriebe so weit getrieben werden, dass die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens zumindest aus landschaftsplanerischer Sicht möglich ist.

Für einen Bereich nördlich der Straße Reinbeker Redder wurde in Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Landschaftsplanern ein Leitbild entwickelt, welches die landschaftsstrukturellen Gegebenheiten mit beabsichtigten Bauflächenentwicklungen in Einklang bringt.

Begonnen wurde mit einer landschaftsplanerischen Voruntersuchung zur Bereitstellung von Kleingartenflächen im Raum Kirchwerder, um im Rahmen des sog. Handlungskonzeptes Kleingartenlauben Aussagen zur Flächeneignung des Raumes für eine Kleingarten-/Grabelandnutzung zu erhalten.

Weiter betreut – und die Interessen der räumlichen Planung des Bezirksamtes in die Unterarbeitsgruppe "Vier- und Marschlande" eingebracht – wurde die von der Behörde für Bau und Verkehr in Auftrag gegebene Untersuchung "Darstellung von Ausgleichsflächenpotentialen".

Verbindliche Landschaftsplanung

Der Huckepack-Bebauungsplan Kirchwerder 23 (Schule Kirchwerder) ist in Kraft getreten.

Auch in 2003 waren in den Huckepack-Bebauungsplänen der Vier- und Marschlande die landschaftsplanerischen Festsetzungen ein herausgehobener Punkt in der politischen Diskussion. Besonders kontrovers diskutiert wurden

- die Uferschutzstreifen an Gose- und Dove-Elbe,
- die extensive landwirtschaftliche Nutzung,
- der Wechsel von Bebauung und Landschaft („Landschaftskorridore“) und
- die Grünfestsetzungen in den Baugebieten.

Hierbei wurden bisher konsensuale Festsetzungsinhalte der Landschaftspläne von den politischen Gremien bis in die erste Jahreshälfte hinein in Frage gestellt, so dass erneut in die Fachbearbeitung eingestiegen werden musste.

Zur Frage des Wechsels von Bebauung und Landschaft („Landschaftskorridore/ Landschaftsfenster“) wurde die durch den Bezirk bei der Fachbehörde angestoßene Klärung mit der Vorlage des Gutachtens „Argumentationsleitfaden Landschaftsfenster in den Vier-und Marschlanden“ in 2003 abgeschlossen.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Kirchwerder 25 ist durchgeführt worden. Mit ihr wurden erste Erfahrungen im Hinblick auf die künftig obligatorische Umweltprüfung in Bebauungsplänen gesammelt.

3.3 Genehmigungsabteilung

Leitung: Eckhard Kolwa, Tel. 42891 - 2058

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		36,29	22,68	24,3
Einnahmen in €	Soll	3.116.289	1.322.513	1.193.517
	Ist	2.882.214	1.037.058	1.034.105
Ausgaben in €		8.588	11.574	6.590

Das Konzept der Genehmigungsabteilung stellt darauf ab, dass alle wesentlichen zur Abwicklung eines Bauvorhabens erforderlichen Informationen, Genehmigungen und Erlaubnisse in einer Dienststelle eingeholt werden können. Kernstück der Abteilung ist die klassische Bauprüfabteilung mit all den dazugehörigen Aufgaben.
Ergänzt wird dieses Aufgabenspektrum um hoheitliche Aufgaben, die aus der Verwaltungsabteilung der Tiefbauabteilung, dem Naturschutzreferat, der Wasserwirtschaft und dem Einwohneramt übernommen wurden. Auch die Beratung zu Fragen des Städtebaus und der Baugestaltung erfolgt in der Genehmigungsabteilung.

Die Konzentration der kundenorientierten Aufgaben des Bauamtes in der Genehmigungsabteilung hat sich insofern positiv ausgewirkt, als Probleme in einem größeren baurechtlichen Zusammenhang beurteilt werden können, was zu reibungsloseren Entscheidungen innerhalb des Bauamtes und für den Kunden zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten geführt hat.

Aufgrund der räumlichen Trennung und der lediglich im Kernbereich vertretenen Rechtsbereiche des Wege-, Wasser- und Naturschutzrechts sowie des Wohnraumschutzes konnte die stark kundenorientierte Arbeitsweise leider nur zum Teil auf die Arbeit der Bauprüfdienststelle des Ortsamtes übertragen werden.

Bauaufsicht

Die Aufgaben der Bauaufsicht bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Vollzug der städtebaulichen Planung
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung unzumutbarer Belästigungen.
- Baupflege
- Vollzug von Anforderungen, die nach anderen Rechtsvorschriften an bauliche Anlagen zu stellen sind (soweit hierfür nicht andere Behörden zuständig sind)

Für den Bezirk, das heißt Kern- und Ortsamtsbereich zusammen, ergeben sich folgende Fallzahlen und Einnahmen:

		2001	2002	2003
Wohnbauvorhaben		701	610	802
Anzahl genehmigter Wohnungen		419	367	493
Gewerbliche Bauvorhaben		137	194	174
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		1820	1401	1742
Anzahl der Grundstücksteilungen		140	110	124
Anzahl der Owi-Verfahren		3	4	6
Einnahmen in €	Soll	2.721.798	831.171	808.233
	Ist	2.590.080	637.133	771.723

Das Jahr 2003 war, wie schon das Vorjahr, durch eine schwache Baukonjunktur geprägt. Bemerkenswert sind allerdings die nicht unbedeutenden Anstiege der Zahlen zu Wohnbau vorhaben, zur Anzahl genehmigter Wohnungen und zu sonstigen bauaufsichtlichen Verfah ren gegenüber dem Vorjahr. Diese Zahlen relativieren sich allerdings wie folgt:

- Die höhere Anzahl genehmigter Wohnungen gegenüber dem Vorjahr resultiert überwiegend aus den Neubaugebieten Allermöhe und Dorfanger Boberg. Es handelt sich überwiegend um Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser. In den anderen Gebieten des Bezirksamtes stellt sich die Wohnbautätigkeit noch immer zurückhaltend dar.

- Die hohe Zahl der Wohnbauvorhaben ergibt sich dadurch, dass hier auch die nach dem Wohnungsbauerleichterungsgesetz oder der Bauanzeigenverordnung zu genehmigenden Nebenanlagen von Wohnnutzungen, wie z. B. Carports, Gartenhäuser, Einbau von Dachgauben, Einstellplätze usw. erfasst werden.

- In der Kategorie sonstige bauaufsichtliche Verfahren wurden erstmalig Verfahren in BaCom erfasst, die zuvor zusammen mit anderen Genehmingungen gezählt wurden, wie z. B. Verfahren nach § 172 BauGB. Darüber hinaus hat sich die Anzahl der Verfahren zur Herstellung ordnungsgemäßer Zustände und die Vorgänge von Anfragen und Eingaben deutlich erhöht.

Wohnraumschutz und Haustechnik

Die Aufgaben des Sachgebietes sind:

Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum, Erhalten gesunder Wohnverhältnisse, Überwachung haustechnischer Anlagen auf Einhaltung regelmäßiger Überprüfung durch einen Sachverständigen.

Bescheide über die Zweckentfremdung werden erforderlich, wenn Wohnungen für andere Zwecke als zum Wohnen genutzt oder wenn Wohngebäude abgebrochen werden. Mit der Genehmigung über die Zweckentfremdung ist Ersatzwohnraum nachzuweisen.

B/BA3 (auch für VM-gebiet	**2001**	**2002**	**2003**
Genehmigungen für die Zweckentfremdung von Wohnraum	8	5	5
Vorgänge Wohnraumschutz	165	164	132
Vorgänge Haustechnik		61	77

Neben den zuvor aufgeführten Aufgaben wurde der Bereich Ernst-Mantius-Straße bis Chrysanderstraße bezüglich ungenehmigter Zweckentfremdung überprüft.

Abschnitt Umwelt

Im Abschnitt Umweltschutz der Genehmigungsabteilung sind folgende Aufgabenbereiche zusammengefasst:

- Gewässerschutz (Bauvorhaben in und unmittelbar an Gewässern, Gewässernutzungen, Gewässerverunreinigungen. Im Bereich des Gewässerschutzes sind Genehmigungsverfahren sowie Routinekontrollen auszuführen (z. B. Grabenschau, Einleitgenehmigungen und so weiter).

- Naturschutz (Gehölzschutz, Ausgleichs und Ersatzmaßnahmen bei Bauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten und im Außenbereich, Kontrolle der Ausgleichsmaßnahmen in B-Plangebieten),

- Grundstücksentwässerung; Regen- und Abwasserableitung bei Bauvorhaben, stichprobenartige Überprüfung von Anzeigen, anlassbezogene Überprüfung von Abwassermissständen, Festlegung von Hausanschlüssen an neu errichteten öffentlichen Sielanlagen (Erschließungsgebiete).

- Überwachung von Heizölbehältern bei Kleinfeuerungsanlagen. Gegenstand der Überwachung von Heizölbehälteranlagen im Zusammenhang mit Kleinfeuerungsanlagen ist einerseits die Entgegennahme von Anzeigen anderseits aber auch die Kontrolle termingerechter Sachverständigenprüfungen sowie ggf. deren anlassbezogene Durchführung.

In allen Arbeitsbereichen ist die Umsetzung gesetzlich festgeschriebener Mindestanforderungen einzufordern bzw. zu überwachen.

B/BA 3 (auch für Vm – Gebiet)	**2001**	**2002**	**2003**
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung	387	468	392
Sonstige naturschutz- rechtliche Verfahren	196	144	203
Anzahl wasserrechtliche Verfahren	625	690	498
Anzahl anzeigepflichtiger Anlagen nach VAWS	911	1093	1093 1)
Owi-Verfahren	0	0	0
Anzahl der Widersprüche	21	11	22
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	9	9	1
Einnahmen	98.430	240.837	99.900

1) Zu den vorh. anzeigebedürftigen Anlagen nach VAWS sind in 2003 keine neuen Anlagen hinzugekommen.

Sondernutzung

Sondernutzungsbescheide werden erforderlich, wenn eine Nutzung der öffentlichen Wegeflächen gewünscht wird, die über den Gemeingebrauch hinausgeht oder zum Schutz der öffentlichen Wege bestimmte Nutzungen unterbunden werden müssen. Als Beispiele für diese Nutzungen sind zu nennen: das Aufstellen von Informationsständern für Parteien und Vereine, Aufstellen von Baugerüsten oder Schuttcontainern, Unter- und Überbauungen des öffentlichen Grundes mit privaten Leitungen, Werbeanlagen, Balkonen etc. und das unbefugte Abstellen von Kfz auf öffentlicher Fläche.

B/BA3 (auch für Vm-Gebiet)		**2001**	**2002**	**2003**
Anzahl der Sondernutzungen		1.767	1.556	1.830
Anzahl der Owi – Verfahren		289	195	165
Einnahmen in €	Soll	296.209	251.604	254.492
	Ist	215.363	222.470	153.570

Das Einnahmedefizit zwischen Soll und Ist entstand im Aufgabenbereich der Verfolgung von unrechtmäßig abgestellten Kraftfahrzeugen. Es ergibt sich zum einen aus den hohen Rückständen im Bereich der Bescheiderstellung und zum anderen aus der Gruppe der Zahlungspflichtigen. Es handelt sich überwiegend um Personen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation zahlungsunfähig sind, so dass die Gebühren deshalb nicht beigetrieben werden können. Dadurch summieren sich die offenen Sollstellungen über Jahre auf.

3.5 Tiefbauabteilung

Leitung: Hans Grote, Tel.: 42891-2069

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		44,88	25,4	25,2
Einnahmen in EUR [1]	Soll	514.000	310.000	285.000
	Ist	454.000	285.000	250.000
Ausgaben in EUR		8.920.000	13.160.000	10.135.000

1) Gebühren, Arbeiten für fremde Rechnungen bei Wiederherstellungen nach Sondernutzungen.

Aufgrund der zunehmend knapper werdenden Personal- und Haushaltsmittelausstattung werden die der Tiefbauabteilung obliegenden Aufgaben und deren Bearbeitung im "Tagesgeschäft" in Prioritäten eingeteilt.

Priorität 1 (vorrangig zu erreichen)
- Gewährleistung der Sicherheit des öffentlichen Grundes.
- Erhaltung des Abflussvermögens der städtischen Gewässer
- Gewährleistung stabiler Wasserstände
- Gewährleistung einer bedarfsgerechten Pflege und der Erhaltung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen.
- Gewährleistung von Rufbereitschaft und Notmaßnahmen bei Betriebsstörungen.

Priorität 2
- Substanzerhaltung und -verbesserung der öffentlichen Verkehrsanlagen, Gewässer und Deiche
- Erhaltung und Entwicklung der städtischen Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes, Verbesserung der wasserwirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse
- Abwicklung von Investitionsbauvorhaben in einer Höhe von bis zu 10 Mio. Euro an Straßen und Gewässern, für Erschließungen, Grundinstandsetzungen und Neu-, Um- und Ausbau einschl. einer termingerechten und wirtschaftlichen Vorbereitung und Umsetzung
- Mitwirkung an Planungen Dritter aus tiefbautechnischer Sicht

Priorität 3 (bei personellen oder finanziellen Engpässen werden zunächst bei diesen Aufgaben Reduzierungen erforderlich)
- Abwicklung von Investitionsmaßnahmen an Hauptverkehrsstraßen (bis ca. 500 TEUR)
- Einstieg in die Umsetzung des Umweltprogramms.

In 2003 sind insbesondere folgende Projekte und Aufgabenbereiche bearbeitet worden :
- Weiterführung der Straßenbaus in der Wohnerschließung Allermöhe-West
- Bauausführung zur Grundinstandsetzung und Umgestaltung der Fußgängerzone Sachsentor
- Umsetzung von Unterhaltungsaufwendungen im gesamten Straßennetz des Bezirks in einem Volumen von ca. 1,7 Mio Euro einschl. überplanmäßiger Verstärkungsmittel der Behörde für Bau und Verkehr
- Umsetzung von Unterhaltungsaufwendungen an wasserwirtschaftlichen Anlagen in einem Volumen von ca. 1,5 Mio. Euro
- Entwurfsbearbeitung und Bauausführung für die Grundinstandsetzung des Billwerder Billdeiches in mehreren Bauabschnitten
- Grundinstandsetzungen am Staatlichen Ent- und Bewässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Grundinstandsetzungen im nachgeordneten Straßennetz in einem Volumen von ca. 1 Mio Euro.

- Vorbereitung und Ausführung von diversen Erschließungsmaßnahmen

Die Tätigkeit der Tiefbauabteilung wird auch in folgenden Zahlen deutlich :

		2001	2002	2003
Investitionsmittel Straße in EUR		**5.320.000**	**8.150.000**	**6.040.000**
Davon: Honorarausgaben [3]		90.000	400.000	510.000
Erschließungsmittel		3.780.000	4.420.000	1.740.000
Neu-, Um- und Ausbau		800.000	300.000	460.000
Grundinstandsetzung		650.000	3.030.000	3.330.000
Anzahl der Aufträge		75	82	78
Investitionsmittel Gewässer und Deiche in EUR		**730.000**	**960.000**	**560.000**
Davon: Honorarausgaben		80.000	90.000	92.000
Erschließungsmittel		230.000	0	0
Neu-, Um- und Ausbau		60.000	220.000	160.000
Grundinstandsetzung		360.000	650.000	308.000
Anzahl der Aufträge		35	32	22

Unterhaltung Straße		2001	2002	2003
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m²		5.430.000	5.430.000	5.430.000
Aufgrabescheine		1.917	1.920	1.750
UI-Mittel in EUR [2]		1.680.000	1.350.000	1.670.000
Anzahl der Aufträge		330	325	385

Unterhaltung Gewässer und Deiche	[1]	2001	2002	2003
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha		415	415	415
UI-Mittel in EUR [2]		1.180.000	1.286.000	1.470.000
Anzahl der Aufträge		235	240	250

1) Vm/BA 5 unterhält die Gewässer im Ortsamts- und Kerngebiet
2) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt
3) Aus unterschiedlichen Titeln

Unterhaltung Brücken und Ingenieur-Bauwerke		2001	2002	2003
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m² Anzahl		 43.389 464	 43.389 464	 43.389 464
UI-Mittel in EUR	[2]	130.000	95.000	75.000
Anzahl der Aufträge		41	40	35

2) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Amtshilfe	[1]	2001	2002	2003
Mitteleinsatz in EUR		390.000	350.000	320.000
Anzahl der Aufträge		165	120	95

1) Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten

3.6 Garten- und Friedhofsabteilung

Naturschutzreferat

Leitung: Christine Els-Meltzer, Tel.: 42891-2277

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		55,84	60,86 [1]	59,4
Einnahmen in €	Soll	1.316.110	1.385.614	1.334.498
	Ist	1.193.347	1.276.298	1.326.664
Ausgaben in €		5.993.841	4.837.336	4.442.211

Die Schwerpunkte der Arbeiten dieser Abteilung lagen im Haushaltsjahr 2003 in folgenden Bereichen:

Neubau

Realisierung der Grün-, Spiel- und Sportanlagen sowie des Strassenbegleitgrüns in Neuallermöhe-West:
- Freizeitpark (3 Bauabschnitte fertiggestellt)
- Fertigstellung einer Dauerkleingartenanlagen am Randfleet
- Außenanlagen des Spielhauses am Konrad-Veix-Stieg
- Fleetbegrünung
- Herstellung von fleetbegleitenden Wanderwegen
- Grünanlage Lichtschneisen

Kulturlandschaftsraum Billwerder:
- Entwicklung und Neubau von öffentlichen Grünanlagen
- Schlüterpark

Sportanlagen:
- Neubau Fünfhausen
- Grundinstandsetzung Katendeich
- Bau des Fußballbolzplatzes Altengamme in Zusammenarbeit mit dem SV Altengamme als Kunstrasenplatz

Grundinstandsetzungen

- Spielplatz Henriette-Herz-Ring
- Spielplatz Martha-Damkowski-Kehre
- Spielplatz Fockenweide
- Spielplatz Richard-Linde-Weg
- Barkassenspielplatz „Grünes Zentrum“
- Spielplatz am Randfleet

Erschließungen

Gewerbe:
- Curlacker Neuer Deich
- Andreas-Mayer-Straße
- Unterer Landweg
- Allermöhe

Wohnungsbau:
- Wohnerschließung in Curslack 12

[1] incl. auszubildende Gärtner/Innen

Ausgleichsmaßnahmen

- Ausgleichskorridor Neuallermöhe
- Deutsche Bahn
- Streuobstwiese Neuengammer Hausdeich

Sanierungsmaßnahmen

- Moorfleeter Brack

Straßenbegleitgrün

- Unterhaltung und Pflege des Straßenbegleitgrüns
- Erstellen des digitalen Baumkatasters mit Ersterfassung und Bewertung der Bäume (noch nicht abgeschlossen)
- Strukturelle Veränderungen im Straßenbegleitgrün zur besseren Sauberhaltung und Pflege in Zusammenarbeit mit der SRH.

Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen

Oberste Priorität hatte die Sicherheit und Sauberkeit der Anlagen.

Naturschutz

- Pflege und Unterhaltung der Naturschutzgebiete
- Entwicklung des Reitwegekonzepts in Zusammenarbeit mit den Reiterhöfen.

Friedhof

- Bürgerfreundliche und bürgernahe Betreuung.
- Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf den beiden Ehrenfriedhöfen des bezirklichen Friedhofs.
- Betreuung internationaler Jugendcamps.

Investitionsmittel		**2001**	**2002**	**2003**
Gesamt		3.542.934	3.016.022	2.556.136
Davon - Honorarmittel		75.751	141.872	89.333
- Erschließungsmittel		539.678	176.376	82.720
- Neu-, Um-, und Ausbau		2.317.901	1.566.934	1.739.685
- Grundinstandsetzung		625.303	1.017.300	644.398

Unterhaltung öffentl. Grünanlagen		**2001**	**2002**	**2003**
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m² Anzahl		 6.839.556 216	 7.055.556 216	 7.500.500 218
UI – Mittel in 1)		712.744	836.376	661.960
Einnahmen (Benutzungsgebühren, Vermischte Einnahmen, Bußgeld usw.)	Soll	22.414	18688	13.163
	Ist	18.625	17.765	13.163

1) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Unterhaltung Straßenbegleit-grün		**2001**	**2002**	**2003**
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m² Anzahl der Bäume		 2.840.000 18.490	 2.840.000 18.971	 2.840.000 19.100
UI – Mittel [2)]		284.660	213.055	336.300
Einnahmen DM/EUR(Schadensersatz)	Soll	10.149	30.755	30.877,11
	Ist	4.292	26.296	23.297,91

1) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Unterhaltung Sportanlagen		**2001**	**2002**	**2003**
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m² Anzahl		 352.562 13	 352.562 13	 352.562 13
UI – Mittel in [1)]		183.748	167.058	87.636

1) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Unterhaltung Kleingärten		**2001**	**2002**	**2003**
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m² Anlagen		 1.744.551 25	 1.780.551 26	 1.815.551 27
UI – Mittel [1)]		72.044	81.850	50.420

1) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Unterhaltung Hamburger Grundstücke		**2001**	**2002**	**2003**
Angaben zum Anlagenbestand Dienstgrundstücke /LI -Flächen		21	21	21
UI – Mittel 1)		76.116	94.888	8.838

1) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Friedhof		**2001**	**2002/EUR**	**2003**
Angaben zum Bestand Flächengröße in m²		686.937	686.937	686.937
Investitionsmittel		78.031	117.253	18.042
UI – Mittel [1)]		331.124	283.907	278.408
Bestattungen (Erdbestattungen) (Urnenbestattungen)		 341 378	 351 389	 331 427
Einnahmen in	Soll	1.272.801	1.329.449	1.256.598
	Ist	1.161.228	1.227.497	1.264.226
Kostendeckungsgrad in %		117	96	90

1) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Pflege u. Unterhaltung von Naturschutzgebieten		**2001**	**2002**	**2003**
Angaben zum Bestand NSG : Die Reit, Kiebitzbrack, Zollenspieker Flächengröße in m²		160.000	160.000	160.000
Investitionsmittel			0	0
UI – Mittel [1)]		31.410	5.664	14.739

1) UI-Mittel = Unterhaltung u. Instandsetzung aus dem Betriebshaushalt

Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen		**2001**	**2002**	**2003**
Anzahl Lehrlinge einschl. Verwaltung GALA-Bau 7 / Verwaltung 1		8	6	8
Anzahl ABM – Mitarbeiter über Freie Träger (Sprungbrett)		14	10	5
Anzahl Job Start – Mitarbeiter		5	5	0
Beschäftigungs - Tage straffällig gewordener Jugendlicher		305	135	130
Hamburger Arbeit Beschäftigungsprogramm -Leichtarbeitsplätze ab 01.10.02		5	5 10	30
ANSCHUB-zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg		3	3	2

4. GESUNDHEITS- UND UMWELTDEZERNAT

Leitung: Dr. Gisela Först bis 30.06.03; ab 1.7.03 Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2224/2225,

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		32,82	30,47	30,59
Sachkostenbudget in € Ansatz und Rest Vorjahr Ausgaben übertragbarer Rest	 **Soll[1)]** **Ist[1)]**	 30.094 23.141 6.953	 34.655 22.779 11.876	 39.742 24.762 14.980
betreute Fachausschüsse		Fachausschüsse für Gesundheit und Soziales und (gelegentlich) für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, Seniorenvertretungen		
Einnahmen aus Gebühren -ohne Veterinäramt-	**Soll[2)]** **Ist[2)]**	33.409 30.161	16.000 17.784	24.244 23.525
Einnahmen aus Gebühren -Veterinäramt-	**Soll[2)]** **Ist[2)]**	47.762 40.170	35.000 33.907	30.481 27.395
Einnahmen insgesamt – Ist		**70.331**	**51.691**	**50.920**
Ausgaben für Geräte, Verbrauchsmaterial, Untersuchungskosten u.ä. **-GU-**	**Soll** **Ist**	61.792 28.167	62.324 20.905	49.333 9.670
Ausgaben für Geräte, Verbrauchsmaterial, Untersuchungskosten u.ä. **-VE-**	**Soll** **Ist**	3.250 2.576	2.192 1.332	2.361 454
Ist-Ausgaben insgesamt		**53.884**	**22.237**	**10.124**

1) Abweichungen zwischen Jahresansatz und Ist-Ausgaben ergeben sich durch die Zuweisung von Haushaltsresten der Vorjahre und das Ansparen von Haushaltsmitteln für die Realisierung größerer Beschaffungen von Maßnahmen.

2) Bei den Einnahmen handelt es sich bei den Abweichungen zwischen Soll und Ist um Kasseneinnahmereste der Vorjahre, die teilweise im Beitreibungsverfahren im Folgejahr verbucht werden.

Die im Jahre 2002 aufgrund der Jesteburger Beschlüsse umzusetzende 1. Tranche der Personaleinsparungen, die neben der Bezirksamtsquote zu erbringen sind, wurden zum 01.01.03 wirksam. Es wurde ein Betrag von 38.019 EUR als Einsparungssumme im Personalhaushalt dauerhaft realisiert. Das entspricht einer Quote von 8,4 %. Für 2005 ist die zweite Tranche in derselben Höhe zu erbringen.

Für die Umsetzung dieser Sparrate waren und sind umfangreiche organisatorische Maßnahmen zur Sicherung der qualifizierten Arbeitsleistung innerhalb des kleinsten Hamburger Gesundheitsamtes erforderlich.

Am 30.06.03 ist die Dezernentin des Gesundheits- und Umweltdezernats, Frau Dr. Först, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Mit diesem Zeitpunkt wurden das Dezernat 4 und das Dezernat 2 zusammengelegt und einer gemeinsamen Leitung durch die Dezernentin

des Rechtsdezernats, Frau Braasch-Eggert, unterstellt . Die damit verbundenen strukturellen und organisatorischen Maßnahmen wurden 2003 in Arbeitsgruppen begonnen und in Teilen mit Beginn des Jahres 2004 entsprechend umgesetzt..

Mit Beginn des Jahres 2003 hat das Gesundheitsamt Kleinbeträge (Einnahmen) bar eingezogen. Hierfür wurde eine Geldannahmestelle eingerichtet. Dadurch wurde das Verwaltungsverfahren gestrafft und das Mahnverfahren über die Vollstreckungsstellen entlastet.

Die Mütterberatungsstelle im Stadtteil Nettelnburg/Bergedorf-West war 2002/2003 zwischenzeitlich in der Kirchengemeinde St. Christophorus – Haus Christo – untergebracht. Dieser Standort wurde im Mai 2003 aufgegeben und eine Verlagerung zur Elternschule Bergedorf-West durchgeführt. Dadurch konnten Mietekosten eingespart werden.

Die Krankenquote belief sich für das Jahr 2003 auf insgesamt 7,54 %.

Die Stelle des Leiters/der Leiterin des Gesundheitsamtes konnte bis zum 31.12.2003 noch nicht nachbesetzt werden.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat sich das Gesundheitsamt am Rathausfest im August 2003 durch einen Infostand beteiligt. Hier waren die Bereiche Mütterberatungsstellen, Schularztstelle und Schulzahnarztstelle sowie die Umweltberatungsstelle vertreten. Ferner wurde eine Sonderaktion zum Zahngesundheitstag und zum Nationalen Impftag in den Räumen des Gesundheitsamtes veranstaltet. Zum Nationalen Impftag wurde eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürger im Gesundheitsamt begrüßt und beraten. Zahlreiche Impfungen wurden an diesem Tage durchgeführt und im weiterem auf die regelmäßige einmal wöchentlich stattfindende Impfsprechstunde hingewiesen.

Weiter wurden in den Asylbewerber-Unterkünften Hirtenland und Curslacker Neuer Deich mit Erfolg Sonder-Impfaktionen durchgeführt. Auch mehrere Internetauftritte zu bestimmten Schwerpunktthemen wurden veranlasst.

Ziele für 2004

- Optimierung der Struktur des neuen Gesundheitsamtes
- Durchführung des Bergedorfer Gesundheitstages 2004
- Neubeschilderung des Dienstgebäudes Lamprechstr.6

4.1 Gesundheitswesen
Gesundheitsvorsorge

Veränderungen schulärztlicher Aufgaben und Arbeitsinhalte haben sich durch die Novellierung des Schulgesetzes ergeben. (Etwa die flächendeckende Wiedereinführung der Schuleingangsuntersuchung vor Schulbeginn und schulärztliche Untersuchungen von Schulkindern am Ende der Grundschulzeit) Schwerpunkt der Arbeit war unverändert die Schuleingangstufe.

Das Impflücken - Interventionsprogramm mit dem Schwerpunkt, die Durchimpfungsrate von Bergedorfer Schüler / innen gegen Hepatitis B zu verbessern, wurde 2003 mit gutem Ergebnis abgeschlossen und durch punktuelle Impfprojekte an ausgewählten Schulen ersetzt.

Vom Schulzahnärztlichen Dienst werden alle schulpflichtigen Kinder bis zur 6. Klasse, einschließlich der Vorschulkinder, zahnmedizinisch untersucht und Empfehlungen zur Behandlung ausgesprochen.

Ziele für 2004

- Erfüllung der schulärztlichen Aufgaben nach Novellierung des Schulgesetzes mit flächendeckender Schuleingangsuntersuchung und computergestützter Dokumentation mit dem Ziel kommunaler Gesundheitsberichterstattung .

- Projekte zur Verbesserung des Impfschutzes von Kindern und Jugendlichen in den Pavillondörfern Hirtenland und Curslacker Neuer Deich.

	2001	**2002**	**2003**
Anzahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen im Rahmen der Gesundheitsförderung/-vorsorge	3.328	2.988	rd. 2.500 1)
In den Mütterberatungsstellen durchgeführte Beratungen und Untersuchungen durch Ärzte einschließlich Beratungen durch nichtärztliches Personal	4.027	3.005	3.158
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	462	449	420
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch Schulärzte	3.837	4.148	4.137
Anzahl der in Klassen bei Schulkindern durchgeführten Hospitationen durch Schulärzte	797	531	429
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	1.579	1.439	1.120 2)
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch die Schulzahnärztin	7.502	6.621	7.291

1) Neben den regelmäßigen Veranstaltungen zur Gesundheitsförderung und Prävention wurden im Jahre 2003 besondere Aktivitäten anlässlich des Rathausfestes (Informationsstand) und des Nationalen Impftages durchgeführt. Für beide Veranstaltungen wurden keine Aufzeichnungen über die Besucherdaten geführt, so dass die Angaben zum Geschäftsbericht 2003 insgesamt nur geschätzt werden können. Rückgänge waren bei den übrigen gesundheitsfördernden Veranstaltungen zu verzeichnen wegen Langzeiterkrankung zweier Ärzte.

2) Rückläufig durch die Beendigung des Impflückeninterventionsprogrammes an Bergedorfer Schulen.

Gesundheitshilfen und Gutachten

- **Jugendpsychiatrischer Dienst (JpD)**
  Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten sich ungewöhlich viel mit Fragen auseinandersetzen, die sich aus dem Fehlen eines Katalogs der Eingliederungsmaßnahmen überhaupt, Regelungen zur formalen und fachlichen Anerkennung von Leistungserbringern, Festlegungen der Kostensätze und auch Klärungen bzgl. der Abgrenzung zu anderen Leistungsträgern (z.B. Amt für Schule, Krankenkassen) und zwischen einzelnen Leistungen ergaben.

- **Beratungsstelle für Körperbehinderte**
  Die Beratungsstelle arbeitet seit Ende des Jahres mit zwei Mitarbeiterinnen, die sich eine Stelle teilen.

- **Sozialpsychiatrischer Dienst (SpD)**

Ziele für 2004

- Die Erstellung von Gutachten/Stellungnahmen (Eingang bei GU bis Absendung des Gutachtens) soll durchschnittlich max. 30 Tage in Anspruch nehmen.

	2001	**2002**	**2003**
Anzahl der Klientenkontakte im JpD insgesamt	698	677	673
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	61	68	56
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	712	610	402
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	121	131	84
Anzahl der Klientenkontakte im SpD insgesamt	2.358	2.244	1.847
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	433	526[1]	419
Anzahl der vom SpD veranlaßten Unterbringungen	22	19	27
Anzahl der Gruppentermine im SpD	63	61	60
Anzahl der medizinischen/amtsärztl., zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	2.475	2.232	2.292
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger	2.192	1.987	2.066
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten /Stellungnahmen in Tagen	19,2	18,5	19,22

1) Verstärkte Gehstruktur wegen Zunahme externer Kriseninterventionen und der Anzahl schwieriger Patienten

Neben den Angaben über die erstellten Gutachten im Jahre 2003 sind im Gesundheits- und Umweltamt weitere 182 Gutachtenersuchen eingegangen, die z. T. bearbeitet, aber nicht abgeschlossen wurden, weil sie vorzeitig vom Auftraggeber oder aus anderen Gründen durch GU zurückgewiesen wurden.

Gesundheitsschutz, Heimaufsicht

Infektionsschutz

Die Auswertung der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionskrankheiten ergibt eine Fortsetzung des bereits in 2002 sich abzeichnenden Trends einer Verschiebung hin zu solchen mit gesteigertem Risiko der Verbreitung innerhalb der Gemeinschaft :
Die sog. Noro-like Virus-bedingten Durchfallserkrankungen sind angestiegen (von 41 Fällen auf 53), wobei es keine Ausbrüche, d.h. Gruppenerkrankungen in Gemeinschaftseinrichtungen, gab.
Auch Rota-Virus-Erkrankungen, die insbesondere junge Kinder treffen und auch eine gesteigertes Übertragungsrisiko in Kindereinrichtungen haben, haben in Bergedorf, dem kinderreichsten Bezirk Hamburgs, zugenommen (von 77 Fällen 2002 auf 82)
Bakterielle Durchfallserkrankungen hingegen haben auch dank verbesserter bundesweiter Verbraucherschutzmaßnahmen den rückläufigen Trend fortgesetzt.

Im Berichtsjahr sind weiterhin die Beratungen von Gemeinschaftseinrichtungen hinsichtlich der Implementierung von Hygieneplänen durch Handreichungen für die Einhaltung "guter hygienischer Praxis" fortgesetzt worden.

Das Ziel der Arbeitsprogramms im Kooperationsverbund "Kampf dem Herztod" ist die Propagierung einer modernen Herzkreislaufwiederbelebungsmethode im öffentlichen Leben. Erreicht ist die Installation mehrerer Hilfsstützpunkte bei einem großen Bergedorfer Konzern, in Hamburgischen öffentlichen Gebäuden, einem Einkaufszentrum sowie eine Befassung von Verantwortlichen sowie sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Diensten mit dieser Entwicklung.

Ziele 2004

- mindestens 50 %ige Aufklärung der Ursachen von Enteritis-Erkrankungen junger Kindergartenkinder und Personen in der Lebensmittelbranche

- Sicherstellung der Rechte von Pflegebedürftigen i.R. der Aufsicht über ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen in Kooperation mit allen Beteiligten

	2001	**2002**	**2003**
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	358	355	308
Anzahl der örtlichen Hygieneüberprüfungen (einschließlich Krankenhausbesichtigungen)	24	14	22

Anzahl der jährlichen Begehungen von OP- und Intensivbereichen in Krankenhäusern in % (insgesamt 3 Einrichtungen)	3	3	3
Anzahl der Heimbesuche/-begehungen	21	13	25
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden	11	7	5

4.2 Umweltschutz

	2001	**2002**	**2003**
Beschäftigungsvolumen	4,5	3,9	3,8

Die Ziele für 2003 wurden im Wesentlichen erreicht:

- Für die noch ausstehenden altlastverdächtigen Flächen des Arbeitsprogrammes 2010 (alle Flächen im Eigentum der FHH und in der Bearbeitungs-Zuständigkeit des Bezirksamtes) wurden Recherchen ausgeführt, die eine abschließende Gefährdungsabschätzung aus der Sicht des Bezirksamtes ermöglichten.

- Es wurden eine Stichprobenkontrolle von Hofstellenbilanzen nach den Vorgaben der Düngemittelverordnung aufgebaut unter Berücksichtigung der fachbehördlicher Anforderungen 5 Hofstellen kontrolliert. Das Verfahren wird auch in Zukunft fortgesetzt werden.

- Bei den Badeseen traten vor allem am Eichbaumsee erhebliche Probleme auf, die auf ein massives Algenwachstum zurückzuführen waren. In der Folge waren zahlreiche zusätzliche Kontrollen zur Prüfung der Sichttiefe sowie Probenahmen durchzuführen. Aufgrund der anhaltend schlechten Situation des Eichbaumsees führte die Behörde für Umwelt und Gesundheit im Herbst des Jahres 2003 eine umfangreiche Nährstoffausfällung durch; Ziel dieser Maßnahme ist es, den Blaualgen die verfügbaren Nährstoffe zu entziehen, das Wachstum einzuschränken und so die Verfügbarkeit des Badegewässers für die Bevölkerung deutlich zu erhöhen. Dies sollte auch den dadurch erhöhten Nutzungsdruck auf andere Badegewässer in Bergedorf reduzieren.

Immissionsschutzrechtlich war eine Zunahme der Lärmbeschwerden zu verzeichnen; eine Ursache ist immer wieder die enge räumliche Verbindung von Wohnen und Gewerbe. Zunehmend gewinnt aber auch die Verdichtung in Wohngebieten an Bedeutung (Nachbarschaftsbeschwerden, Spielplatz- und Sportanlagenlärm). Im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen (Bergedorfer Str./Heidhorst und Ausbau A1) gingen in 2003 erstmalig wieder eine Reihe von Anträgen für die Erstattung von passiven Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden ein.

Verfahren zur Durchführung der MaschinenlärmschutzVO und der LösemittelVO wurden überbezirklich entwickelt und beschlossen. Zur MaschinenlärmschutzVO sei darauf hingewiesen, dass Anzeigen bis zum durch die Verordnung definierten Abgabeschluss nur in einem geringen Umfang eingegangen sind. Es wird jedoch vermutet, dass deutlich mehr anzeigepflichtige Anlage vorhanden sind, der Meldepflicht aber nicht nachgekommen wird. Eine weitergehende Erfassung durch die Verwaltung kann nur anlassbezogen durchgeführt werden.

Ziele für 2004

- Integration der Abteílung in die Strukturen des neuen Verbraucherschutzamtes
- Sicherstellung einer gesundheitlich einwandfreien Wasserqualität in öffentlichen und gewerblichen Frei- und Hallenbädern durch Einhaltung der Grenzwerte zur Bakteriologie.
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit durch die Umweltberatung
- Sicherstellung der Wahrnehmung von Aufgaben nach der novellierten Trinkwasserverordnung (insbesondere stichprobenartige Kontrolle von Trinkwasserinstallationen, aus denen Wasser an die Öffentlichkeit abgegeben wird, z.B. Altenheime, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen u.a.).

Technischer Umweltschutz

	2001	**2002**	**2003**
Anzahl der Überwachungsvorgänge	455	453	517
Anzahl der Anträge nach LärmVO oder BImSchG	41	53	64
Quote der bakteriologisch einwandfreien Wasserproben aus technischen Bädern in %	96	93	97
Anzahl über abschließend untersuchter altlastverdächtiger Flächen	9	9	5

Umweltinformation und Prävention

	2001	**2002**	**2003**
Anzahl der Beratungen	1.351	1.665	1674
Anzahl der Veröffentlichungen	5	5	5
Anzahl der Informationsveranstaltungen	6	9	8
Anzahl der Beratungen pro 1000 Einwohner	11,8	14,3	14,4

4.3 Veterinäramt
(Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen)

	2001	**2002**	**2003**
Beschäftigungsvolumen	1,54	1,54	2,0

Tierseuchenbekämpfung

Im vergangenen Jahr gab es ein Geflügelpestgeschehen in den Niederlanden, das deutsche Geflügelbestände bedrohte und auch in Hamburg Anlaß für besondere Vorsorgemaßnahmen war.

Die Untersuchungen aller Schlachttierkörper von über zwei Jahre alten Rindern wurden lückenlos überwacht. Bisher gab es in Hamburg keinen BSE-Fall.

Das in 2002 begonnene Verfahren zur Bekämpfung einer Herpesvirusinfektion der Rinder, in das je nach Betriebsart und Seuchenstatus nahezu alle Rinderbestände einbezogen werden, um die Seuche bundesweit zu tilgen, wurde fortgeführt.

	2001	2002	2003
Anzahl der Kontrollen (incl. prophylaktischer Kontrollen von Tieren und Waren tierischer Herkunft)	1.911	1.783	1.990

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Gesundheitlich bedenkliche Rückstände in Lebensmitteln (Nitrofurane) beherrschten auch im vergangenen Jahr wieder die Schlagzeilen. In Bergedorf mussten größere Mengen Eipulver aus dem Verkehr gezogen und vernichtet werden.

	2001	2002	2003
Anzahl der zu überwachenden Lebensmittelbetriebe	692	694	694

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tierausstellungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Darüber hinaus werden Bürgerbeschwerden über Tierhaltungen nachgegangen.

	2001	2002	2003
Anzahl der durchgeführten Tierschutzkontrollen	102	148	132
Anzahl der Begutachtungen und Beurteilungen gefährlicher Tiere	139	69	76

Ziele für 2004

- Umorganisation im Rahmen des Verbraucherschutzes.
- Einführung von EDV-Software, z. B. auf dem Sektor Tierseuchenbekämpfung

5. JUGEND-UND SOZIALDEZERNAT

Leitung: Pia Wolters, Tel. 42891-2300

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		127,55	128,62	129,0
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	**Soll**	50.782	60.376	63.328
Ausgaben	**Ist**	52.429	60.376	61.463
übertragbarer Rest		45	0	1.865
betreute Fachausschüsse		Jugendhilfeausschuss, Fachausschuss für Gesundheit und Soziales		

5.1 Jugendamt (Jugendhilfe)

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen [2)]	70,97	70,45	71,0

1) Das Beschäftigungsvolumen wird ab 2003 ermittelt.

Übergreifende Planung und Steuerung

Die Jugendhilfeplanung hat im Jahr 2003 weiter an der Vernetzung aller Träger der Jugendhilfe gearbeitet.
Die beiden Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG haben zehn gemeinsame Sitzungen durchgeführt.
Im Februar wurde der Entwurf eines Jugendhilfeplanes für Bergedorf vorgestellt, dem im Mai eine 1. Ergänzung folgte. Dieser Jugendhilfebericht wurde in verschiedenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses und in den AGs nach § 78 KJHG diskutiert, die Einrichtungen und Institutionen in den Planungsräumen haben selbst noch Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Bis spätestens Frühjahr 2004 soll eine ergänzte Fassung des Berichtes vorliegen.
Im Herbst 2003 wurde nach einer längeren Vorbereitungszeit an zwei Tagen eine Fußgängerrallye mit 7 Klassen und den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe in Lohbrügge durchgeführt. Das Ziel war, den Kindern und Jugendlichen diese Einrichtungen vorzustellen und sie zu motivieren, sie später auch zu besuchen. Die Resonanz auf diese Rallye war gut.
Ebenfalls im Herbst begannen die Vorbereitungen auf einen „Kindertag Bergedorf„,der am 18.06.04 durchgeführt werden soll. Eine Agentur und das Jugendamt Bergedorf (Jugendhilfeplanung) führen die Vorbereitungen durch.

Offene Kinder und Jugendarbeit/Straßensozialarbeit

Aufgabe und Entwicklung

Im Jahre 2003 wurden die bereits im Jahresbericht 2002 dargestellten Konzepte der Zuwendungsbearbeitung – von der Antragsannahme, über die fristgerechte Bescheiderteilung und Zahlungsanweisung bis hin zur Verlaufskontrolle – umgesetzt. Hierbei wurde ein detailliertes Berichtswesen installiert.
Durch erhebliche umfassende Neustrukturierungs- und Umsteuerungsbeschlüsse des Jugendhilfeausschusses wurden erhebliche Zeitanteile des Zuwendungssachgebietes gebunden. In 2003 konnten die Verwendungsnachweisprüfungen für das Zuwendungsjahr 2002 deshalb nicht abgeschlossen werden.

Neu erarbeitet wurde seitens des Sachgebiets eine Aufstellung aller Zuwendungsprojekte, die es ermöglicht, Controllingergebnisse für alle Zuwendungsfelder einheitlich darzustellen.

Das Jugendamt hat auf der Basis der von den freien Trägern der Jugend- und Jugendsozialarbeit vorgelegten Projektkonzepte eine Darstellung der angebotenen Öffnungszeiten der Einrichtungen erarbeitet und dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Neben den o.g. Umsteuerungsentscheidungen des Jugendhilfeausschusses kamen in 2003 u.a. die Projekte „ARGE Westibül“, „Altentagesstätte Lichtwarkhaus“, „Vertrauen im Alter“, „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ sowie „Betreuter Umgang“ hinzu, so dass die geförderten bzw. geprüften Projekte von 37 auf 45 insgesamt anstiegen mit einem Volumen von 224 TE.

Auch wenn neue Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung künftig zentral vom Verwaltungsdezernat des Bezirksamtes übernommen werden, werden bereits begonnene Maßnahmen durch das Jugend- und Sozialdezernat weiter betreut.

In 2003 wurden sowohl Zuwendungsprojekte im Bereich der Jugendarbeit wie auch in den Bereichen der Sozialen Einrichtungen, Familienförderung sowie zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe mit einem Gesamtvolumen von ca. 2.2 Mio Euro gefördert.

Ziel für 2004 ist die Umsetzung des Senatsbeschlusses zur Einführung des Datenbanksystems INEZ. Dies wird zumindest in der Anfangszeit einen erheblichen Aufwand bedeuten.

In den **Häusern der Jugend** wurde in **2003** erneut ein umfangreiches und differenziertes Programmangebot vorgehalten. Die Neufassung der pädagogischen Konzepte beider Einrichtungen wurde in 2003 abgeschlossen und das aktuelle Leistungsangebot im Bergedorfer Jugendhilfeausschuss mit anerkennender Resonanz dargestellt. Im Jahresverlauf konnte sowohl die konzeptionelle als auch die konkret veranstaltungsbezogene Zusammenarbeit beider HdJs weiter intensiviert werden. Sichtbarstes Ergebnis dieser verbesserten Kooperation ist der seit Anfang 2003 gemeinsam herausgegebene „Monats-Flyer“, in dem das Regelangebot der Einrichtungen ebenso dargestellt ist wie die monatlichen „Highlights“ und Sonderveranstaltungen.
In beiden Häusern der Jugend war allerdings in 2003 auch jeweils die Vakanz einer Vollzeitstelle zu verzeichnen. Trotzdem gelang es den verbliebenen Mitarbeitern, die Angebotsleistung ohne temporäre Schließungen über 50 Kalenderwochen und mit einem Zuspruch von insgesamt rund 39.000 Besuchen p.a. aufrechtzuerhalten.

Primäre Aufgabe der **Spielhäuser** war die kontinuierliche Umsetzung des Rahmenkonzepts „Spielhaus der Zukunft“. Die Einbindung ehrenamtlichen Engagements in die Vormittagsangebote für nicht schulpflichtige Kinder verläuft weiter sehr erfolgreich.
Aufgrund des durchgängigen Offenheitsprinzips wird hier jedoch auch weiterhin eine relativ hohe Fluktuation ehrenamtlicher Mitarbeit gegeben sein, die eine konstante Begleitung und Steuerung durch hauptamtliches Personal erforderlich macht. Die wesentlich erweiterte Schwerpunktsetzung bei den Nachmittagsangeboten für Schulkinder wurde weiter gefestigt. Der Anteil der Schulkinder an den gleichbleibend hohen Gesamtbesucherzahlen liegt mittlerweile bei gut 60 %.
Sehr positiv gestalteten sich die durchgeführten baulichen Grundinstandsetzungen der Spielhäuser Kurt-Adams-Platz und Lohbrügger Landstraße, mit denen die räumliche Attraktivität beider Einrichtungen deutlich verbessert werden konnte.
Höhepunkt der Angebote des Jahres war zweifellos die Beteiligung aller vier Einrichtungen am großen Kinderfest in den Hamburger Wallanlagen zum 50-jährigen Bestehen der Spielhäuser in Hamburg. Mit Unterstützung aus beiden Häusern der Jugend konnten sich die kommunalen Einrichtungen hier als sehr leistungsfähiges Verbundsystem darstellen und gleich mehrere ausgewiesene „Publikumsrenner“ zum Gelingen der Großveranstaltung beitragen.

Ziel für das Jahr 2004 ist die kontinuierliche konzeptionelle Weiterentwicklung der Angebote unter Beteiligung der Besucherinnen und Besucher der Einrichtungen. Weiteres Ziel ist die aktive Teilnahme am Bergedorfer Kindertag am 18.6.2004.

Abteilung B / JA I / KJ und GZ	**2001**	**2002**	**2003**
Anzahl der Stellen (Innendienst JA)	3	2,75	3
Bewirtschaftetes Finanzvolumen (Haushaltsansätze) in T€	2.576	2.243	2.240

Kinder- und Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit	**2001**	**2002**	**2003**
Anzahl der kommunalen Einrichtungen, die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit bereitstellen	8	8	8
Häuser der Jugend	2	2	2
Spielhäuser	4	4	4
Projekte Straßensozialarbeit	2	2	2
Anzahl der Stellen in den kommunalen Einrichtungen (HdJ; SpH; Strasos)	14,7	13,6	13,28

Bewirtschaftetes Finanzvolumen (Haushaltsansätze) in T€	2.576	2.243	2.240
Anzahl der Stellen bei freien Trägern	31	33	33
Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	28	28	27
Zuwendungsvolumen in T€[2)]	2.658	2.243	2.240

1) Regelmäßige Projektförderungen / Jahresförderungen.
2) Nominelles Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).

Förderung der Erziehung in der Familie

Im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie wurden über Zuwendungen insgesamt 7 Projekte gefördert.

Das Kinder- und Familienhilfezentrum Lohbrügge hat im März 2001 seine Räume in der Lohbrügger Landstraße 104 bezogen und die Arbeit aufgenommen. Die Entwicklung im Jahr 2003 war gekennzeichnet durch die Weiterentwicklung bedarfsgerechter Angebote. Die Arbeit im Kinder- und Familienhilfezentrum Neuallermöhe lief kontinuierlich weiter, die Nachfrage nach den dortigen Kursangeboten und Beratungsleistungen ist unverändert hoch.
Das Mütterzentrum im Reetwerder ist gekennzeichnet durch ehrenamtliche Arbeit. Entsprechend sind die Öffnungszeiten beschränkt. Die dort tätigen Frauen gestalten die Angebote bedarfsentsprechend und flexibel.

Hilfen zur Förderung der Erziehung in der Familie (sowie 1 Kooperationsprojekt m.d. JGH)	**2001**	**2002**	**2003**
Anzahl geförderter Projekte[1)]	6	6	7

Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	6,5	6,5	6,5
Zuwendungsvolumen in TE[2)]	537	525	504
Anzahl der kommunalen Erziehungsberatungsstellen	1	1	1
Anzahl der Stellen in der Erziehungsberatung	3,5	3,5	3,1
Anzahl der Neuanmeldungen in der Erziehungsberatung	229	265	244
Anzahl der betreuten Familien	281	315	296

1) Regelmäßige Projektförderungen / Jahresförderungen.
2) Nominelles Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).

Insgesamt wurden in 2003 durch das Jugend- und Sozialdezernat 50 Projekte durch Zuwendungen gefördert.

	2001	**2002**	**2003**
Anzahl der kommunalen Elternschulen	2	2	2
Anzahl der Kurse in kommunalen Elternschulen [1)]	126	126	130
Anzahl der Kursteilnehmer (ohne offene Angebote)	1.892	1.759	1.875
Anzahl der offenen Angebote in kommunalen Elternschulen	8	13	13
Anzahl der Teilnehmer von offenen Angeboten in kommunalen Elternschulen	1.759	1.802	1.971

1) Die Kurse können allgemein als voll ausgelastet angesehen werden.

Kindertagesbetreuung

Aufgabe und Entwicklung in 2003

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten / Pädagogische Mittagstische und Tagespflege. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, bei nicht bestehendem Rechtsanspruch die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen sowie Werbung und Qualifikation von Tagespflegepersonen.

Kennzeichnend für das Jahr 2003 war die Einführung des Kita-Gutschein-Systems und die damit verbundenen nicht unerheblichen Schwierigkeiten insbesondere in der Beratung der Eltern. Gleichwohl ist es der Abteilung aufgrund der hohen Motivation gelungen, die gesteckten Ziele, Bescheiderteilung innerhalb von 30 Tagen nach Antragstellung, zu erreichen. Darüber hinaus wurde in der Tagespflege das Qualifizierungsprogramm erheblich ausgeweitet.

Ziel für das Jahr 2004 ist,die Rechtssicherheit der Bürger durch zeitnahe Bescheiderteilung zu erhöhen. Dabei soll der Kita-Gutschein gleich bei Antragstellung ausgestellt, mindestens jedoch innerhalb von 15 Tagen nach Antragstellung zugeschickt werden. Weiterhin wird das Ziel verfolgt, die in 2004 erwarteten Nachbesserungen des Systems und die sich bereits wieder abzeichnenden Arbeitsstaus und den damit verbundenen erhöhten Beratungsbedarf unserer Kunden so gut wie möglich zu bewältigen.

	2001	2002	2003
Anzahl der Plätze in der Kindertagesbetreuung (Kindertagesheimplätze, Tagespflege, Vorschule, Päd. Mittagstisch etc.; mit und ohne Zuschuss)			
Krippe	472	475	*
Elementar ganztags	1741	1749	*
Elementar halbtags	1914	1913	*
Hort	1169	1172	*
Versorgungsgrad in % (bezogen auf die altersgleiche Bevölkerung von 0,5 bis unter 12 Jahren)			
Krippe	15,8	16,1	*
Elementar ganztags	45,2	45,3	*
Elementar halbtags	49,7	49,6	*
Hort	14,6	14,7	*

*Ab 2003 werden diese Zahlen von der Fachbehörde nicht mehr erhoben.

Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Das Jahr 2003 war gekennzeichnet durch die Verstetigung der sozialräumlichen Ausrichtung des ASD. Die Teams in den Planungsräumen qualifizierten ihre fachliche Arbeit weiterhin durch die flächendeckende Durchführung der kollegialen Beratung.
Der Planungsraum 1, Lohbrügge, ist ein Gebiet, in dem in erheblichem Ausmaß Hilfen zur Erziehung geleistet werden. Der Planungsraum 2, Bergedorf-West, Neuallermöhe Ost und West, ist ebenfalls durch eine Vielzahl von Hilfen zur Erziehung und durch viele strittige Scheidungen belastet. Im Planungsraum 3, Kerngebiet Bergedorf, und Planungsraum 4, Vier- und Marschlande, sind derartige Belastungen so nicht nachweisbar. Für alle Planungsräume kann festgestellt werden, dass sich die Problemlagen der Familien erheblich verändert haben. Zu verzeichnen ist, dass es eine deutliche Zunahme an psychischen- und Suchterkrankungen gibt. Auffällig ist auch, dass es zunehmend mehr strittige Besuchsregelungen gibt, und auch Großeltern immer häufiger versuchen, ihre Besuchswünsche durchzusetzen.
Die Kooperation mit dem Schnittstellenprojekt in Neuallermöhe-Ost hat sich als Erfolg versprechender Ansatz bestätigt.
Im Rahmen der „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ konnten nach weiteren Umsteuerungen aus den HzE-Mitteln im Herbst 2003 zwei weitere Jugendhilfeprojekte ihre Arbeit aufnehmen, das Projekt Re-aktiv des Trägers MIKO und das Projekt Therapie und Kooperation in Kindertagesbetreuungseinrichtungen des Trägers mittendrin!. Für 2004 ist als weiteres Projekt die integrative Tagesgruppe des LEB in der Kita Friedrich-Frank-Bogen in Vorbereitung.

Das ursprünglich zugewiesene HzE-Budget wurde im Jahre 2003 überschritten. Dieses war u.a. bedingt durch die Erhöhung der Kostensätze und erhöhte Zusatzkosten in schwierigen Einzelfällen. Festzuhalten ist aber, dass der Ausgabenanstieg sehr gering gegenüber dem Vorjahr ausfiel.

Der Umzug des ASD 1 in 2002 in den Oberen Landweg sollte die Mitarbeiter des gesamten ASD an einem Standort zusammenführen, um eine bessere Erreichbarkeit und die Organisation der Notbereitschaft zu verbessern. Bedingt durch den personellen Zuwachs der LEB Kollegen und durch Umstrukturierung innerhalb des ASD´s ist auch dieser Standort bereits nicht mehr in der Lage, alle Kollegen aufzunehmen, so dass nunmehr wieder einige Mitarbeiter des ASD in der Alten Holstenstraße verbleiben. Im Bereich der ambulanten Hilfen konnte die verfügte wöchentliche Fachleistungszahl pro Fall stark reduziert werden,

und zwar gleichzeitig mit einer Reduzierung der beauftragten Fachleistungsstunden von insgesamt von 37.691 im Jahre 2002 auf 31.456 in 2003.

Neben der Verstetigung des sozialräumlichen Arbeitens ist das **Ziel für 2004** weiterhin, unter Wahrung der Rechtsansprüche der Familien mit dem zur Verfügung gestellten Budget für Hilfen zur Erziehung auskömmlich zu wirtschaften.
Die Zielerreichung soll gewährleistet werden durch weitere Steuerungsmaßnahmen im Bereich der Hilfeplanung, der Verlaufskontrolle sowie der Zeichnungsvorbehalte und der Einführung eines Sozialraumbudgets im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung. Ferner wird die verstärkte Nutzung der oben beschriebenen Projekte zur Budgetentlastung beitragen.

Durchschnittsfallzahlen	**2001**	**2002**	**2003**
Anzahl der Betreuten in ambulanten Hilfen zur Erziehung (zum Stichtag 31.12.) (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	127	135	137
Anzahl der Betreuten in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	79	88	86
Anzahl der Betreuten in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	164	162	153
Anzahl der betreuten seelisch behinderten Kinder und Jugendlichen (gem. § 35a SGB VIII)	30	36	22
- Zugewiesenes HzE-Budget in T€	9.530	9.590	9.363
- Ausgaben für HzE in T€	10.083	10.204	9.406

Pflegestellenberatung
Aufgabe und Entwicklung

Das Jahr 2003 war dadurch gekennzeichnet, im Rahmen des hamburgweit durchgeführten Projekts „100 plus“ neue Kapazitäten für die Werbung und Eignungsprüfung neuer Pflegestellen zu schaffen. In Bergedorf ist dies dadurch gelungen, dass ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung geschlossen wurde, der ab August 2003 die Betreuung aller Pflegefamilien übernommen hat, die bereits länger als 1 Jahr ein Kind in Vollzeitpflege hatten. Nach Übergabe aller dieser Pflegefamilien an den LEB sind nunmehr im Jugendamt Kapazitäten für die Erhöhung der Zahl der Pflegefamilien vorhanden.
Ziel für 2004 ist, alle Bewerber innerhalb von 2 Monaten nach Eingang der Bewerbung als Pflegefamilie auf ihre Eignung hin zu überprüfen. Weiteres Ziel ist, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich zu machen, um besonders auch für Geschwisterkinder und für ältere Kinder, die schwer zu vermitteln sind, geeignete Pflegefamilien zu finden.

Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Unterhaltsvorschuss

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zum 12. Lebensjahr sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Die Mitarbeiter sind sowohl beratend tätig als auch im Bereich der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen.

	2001	2002	2003
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.094	1.158	1.187
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.687	1.580	1.645
- Einnahmen nach dem UVG in T€	301	340	272

Jugendgerichtshilfe

Die Jugendgerichtshilfe in Bergedorf ist als kleine Organisationseinheit besonderen Belastungen ausgesetzt. Die Schwere der Straftaten Jugendlicher zieht immer häufiger langwierige Gerichts- oder Kammerverfahren nach sich. Durch Einführung des Diversionsprojektes im Jahr 2001, die in Kooperation mit den zuständigen Straßensozialarbeitern erfolgt, ist es gelungen, die Zahl der durchgeführten Täter-Opfer-Ausgleiche gleichbleibend stabil zu halten. Diese Entwicklung ist im Jahre 2003 kontinuierlich fortgeführt worden.
Ziel für 2004 ist es, die erfolgreiche Zusammenarbeit fortzuführen.

	2001	2002	2003
Eingangszahlen beim Bezirksjugendgericht	672	575	*
Anzahl der Projekt- und Betreuungsweisungen	34	41	29
Anzahl Täter-Opfer-Ausgleiche	24	27	27

*Ab 2003 werden diese Zahlen von der Fachbehörde nicht mehr erhoben.

Amtsvormundschaft/Beistandschaft
Aufgabe und Entwicklung

In der Abteilung werden Vormundschaften gem. § 55 SGB VIII, Beistandschaften gem. § 1712 BGB, Amtshilfen gem. § 18 SGB VIII, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen gem. § 52a und Beurkundungen gem. § 59 SGB VIII umgesetzt. Im Vordergrund stehen Regelungen in Status- und Unterhaltsangelegenheiten.

Die Unterhaltsanpassung der Regelbeträge wurde in 2003 durchgeführt. Hierzu mussten alle Einkommen der Unterhaltspflichtigen neu berechnet und die sorgeberechtigten Elternteile über die Veränderungen informiert werden.
Neben der ständigen fachlichen Qualifizierung der Kollegen ist die Einarbeitung und Qualifizierung im Umgang mit der Weiterverbreitung des Technikeinsatzes zu berücksichtigen.

Das seit Oktober 2002 eingeführte Mündelgeldeinnahmeverfahren wurde in die Praxis integriert, das letzte Modul dieses Bausteins soll in 2004 mit der Abrechnung erfolgen.

Ziel für das Jahr 2004 ist, möglichst zeitnah Unterhaltsregelungen für die Kinder zu erwirken und diese in Urkunden festzuschreiben. Ferner soll der qualitativ hohe Standard der persönlichen Betreuung der Minderjährigen bei den Amtsvormundschaftsfällen beibehalten werden.

	2001	2002	2003
- Anzahl der Amtsvormundschaften	142	130	141
- davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	28	16	8

Anzahl der Beistandschaften	1.384	1.465	1.511
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	911	743	776
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Eingehende Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	211	190	152
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	786	719	730

5.2 Grundsicherungs- und Sozialamt

Leitung: Peter Rehfeldt, Tel. 42891-2124

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	56,58	57,17	56,5

Entwicklung in 2003

Die Anzahl der Hilfeempfänger nach dem BSHG hat sich im Berichtsjahr nur gering verändert, und auch bei den Leistungsempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gab es nur einen leichten Rückgang.

Die unter intensivem Zeitdruck zu bewältigende Umsetzung des **Grundsicherungsgesetzes** mit rd. 1.500 Anträgen hat einen großen Verwaltungsaufwand ausgelöst (neben den Neubewilligungen waren auch noch die Anschlussbewilligungen ab 01.07.2003 zu bearbeiten). Unter erheblicher Kraftaufwendung wurde eine zeitgerechte Leistungsgewährung sichergestellt.

Im Rahmen der Missbrauchsbekämpfung wurde das Instrument des **Sozialdatenabgleiches** um die Bereiche „**Vermögen**“ und „**Kraftfahrzeugbesitz**“ erweitert. Dabei ergaben sich im Jahresverlauf vielfältige rechtliche Probleme, die eine Umsetzung behinderten.

Zum neuen **Benchmarking-Konzept** für die bezirklichen Sozialhilfeleistungen wurde als erste Steuerungsentscheidung hamburgweit eine einheitliche Preisliste für einmalige Leistungen eingeführt. Die in Bergedorf schon existierenden Verfahrensregeln wurden somit übernommen.

Zur Optimierung der Geschäftsabläufe und auch als Beitrag zur Integration ausländischer Mitbürger, wurden **Informationsbroschüren** in fremdsprachlichen Fassungen angeboten (derzeit englisch, russisch und türkisch).

Zum Jahresende war kurzfristig noch das **Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung** umzusetzen, nach dem Hilfeempfänger künftig nicht mehr Krankenhilfe nach dem BSHG erhalten. Hier waren in ca. 2.500 Fällen Anmeldungen bei den gesetzlichen Krankenkassen zu bearbeiten. Angesichts der Vielschichtigkeit der Rechtsänderung wurde die Umsetzung durch zahlreiche ungeklärte Fragestellungen erheblich belastet. Auch für das erste Halbjahr 2004 sind noch vielfältige Probleme im Zusammenwirken mit den Krankenkassen zu erwarten, bis sich die Neuregelung eingespielt hat.

Ziele für 2004

- Mit dem **SGB II – Grundsicherung für Erwerbslose - und dem SGB XII** (ersetzt das bisherige BSHG) wurden für die Arbeit des Grundsicherungs- und Sozialamtes völlig neue Rechts- und Organisationsgrundlagen geschaffen, die ab dem 01.01.2005 in die Praxis zu

überführen sind. Zur Ausgestaltung des neuen einheitlichen Leistungssystems (Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbstätige) sind im Laufe des Jahres 2004 vom Senat noch grundlegende Richtungsentscheidungen für die FHH zu treffen, die bis Jahresende umgesetzt werden müssen.

- Im Rahmen der **Neuordnung des Hilfesystems für Wohnungslose** soll die Ausführung der Aufgabe von der BSF auf die Bezirksämter übertragen werden. Falls der Senat entsprechend beschließt, sind vor Ort die notwendigen Organisations- und Arbeitsstrukturen zu schaffen.

Allgemeine Kennzahlen des Grundsicherungs- und Sozialamtes

Kennzahl	2001	2002	2003
Empfänger (HE) von HzLu nach dem BSHG	7.763	8.174	8.149
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	67	70	69
Sozialhilfedichte BSHG in der FHH	--	6,92 %	6,75 %
Sozialhilfedichte BSHG in Bergedorf	--	7,47 %	6,94 %
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	221	226	230
Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	1.848	1.570	1.370
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	16	13	11
Sozialhilfedichte AsylbLG in der FHH	--	0,94 %	0,90 %
Sozialhilfedichte AsylbLG in Bergedorf	--	1,3 %	1,16 %
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	295	280	280
Minderausgaben durch Hilfen zur Arbeit in €	621.000	591.000	595.075

6. ORTSAMT VIER- UND MARSCHLANDE

Leitung: Dirk Brahm, Tel. 42891-2350

		2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen		45,53	44,38	42,0
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	**Soll**	55.981,14	58.823,55	64.973,83
Ausgaben	**Ist**	50.169,50	49.753,72	64.359,71[1]
übertragbarer Rest		5.811,63	9.119,83	614,12
betreute Fachausschüsse		Ortsausschuss und Unterausschüsse		

6.1 Verwaltungsabteilung

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	3,0	3,0	3,0

Neben den im Folgenden aufgeführten Leistungen wird die Verwaltungsabteilung auch tätig für das Statistische Landesamt, indem in Amtshilfe die Durchführung der statistischen landwirtschaftlichen Erhebungen, wie z. B. Agrarberichterstattung, Bodennutzungshaupterhebung u. a. für das Gebiet der Vier- und Marschlande koordiniert wird.

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2001	2002	2003
Anzahl der zu betreuenden Gremien	3	3	3
Anzahl der Sitzungen	26	27	27
schriftliche Vorlagen insgesamt	94	140	111
davon Stellungnahmen / Beiträge der Verwaltung[2]	32	44	48

Verwaltung des Schaustellerplatzes Brennerhof 92

1996/97 wurde am Brennerhof eine Fläche von rd. 21.200 m² hergerichtet als Ausweichfläche für die bis dahin auf der Halbinsel Entenwerder untergebrachten Schausteller. Der Platz wird Schaustellern für Wohnzwecke und zum Abstellen von Schaustellerwagen und -geschäften vermietet.

	2001	2002	2003
Fläche insgesamt in m²	21.200	21.200	21.200
davon vermietet	13.995	13.995	13.995
Anteil an der Gesamtfläche	66 %	66 %	66 %

[1] Erhöhung der Ausgaben für die Neugestaltung des Archivs
[2] incl. Antworten auf Schriftliche Anfragen

Die Verwaltung des Schaustellerplatzes ist zum 01.01.2004 an die Liegenschaftsverwaltung der Finanzbehörde abgegeben worden.

6.2 Bürgerzentrum

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	4,0	3,63	3,50

Im "Bürgerzentrum Vier- und Marschlande" werden publikumsintensive Verwaltungsdienstleistungen der Wirtschafts- und Ordnungsabteilung und der Einwohnerabteilung in einer Service-Einheit zusammengefasst wahrgenommen.
Es bietet weiterhin von allen Bürgerzentren der Freien und Hansestadt Hamburg den umfassendsten Service "aus einer Hand" an.
Das Bürgerzentrum Vier- und Marschlande ist zurzeit das einzige Bürgerzentrum in Bergedorf mit einem Ausbildungsplatz, der auch regelmäßig mit Auszubildenden besetzt ist.

Vom Personal des Bürgerzentrums wird auch die Zahlstelle mit einem nicht unerheblichen Aufwand bedient. Den größten Anteil machen hier die Sozialhilfebarauszahlungen aus. Das Ortsamt ist bestrebt, den Anteil der Barauszahlungen zu reduzieren.

In 2003 wurde das Angebot im Bürgerzentrum um nachstehende Leistungen erweitert:

	2001	2002	2003
Führerschein-Tausch			175
Adressenänderung in Kfz-Scheinen			325

Melde- und Ausweisangelegenheiten

Beschäftigungsvolumen für EA 21 - Tätigkeiten		2,40	2,40

	2001	2002	2003
Bevölkerungszahl im Ortsamtsgebiet[1]	35.874	36.874	37.410
Anzahl der erteilten Personaldokumente[2]	7.587	6.120	4.448
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	5.114	4.653	3.922
Anzahl der schriftlichen Auskünfte[3]	8.463	17.298	11.239
Summe aller Leistungen[4]	29.885	36.289	34.416

1 jeweils zum 31.12. des Vorjahres
[2] Setzt sich zusammen aus Personalausweisen, vorläufigen Personalausweisen, Reisepässen, vorl. Reisepässen und Kinderausweisen
[3] Hier wird die Zahl der Zugriffe auf das Meldesystem wiedergegeben, die erforderlich waren, um alle Auskunftsersuchen zu beantworten.
[4] Hierunter fallen z.B. auch Führungszeugnisse und Ausstellungen von Lohnsteuerkarten.
.

Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten

Das Bürgerzentrum bietet folgende Leistungen: Gewerbean-, -um- und -abmeldungen, Ausstellen von Reisegewerbekarten, Ausstellen von Angelscheinen, Ausgabe von Fischereimarken, Auskünfte aus dem Gewerberegister und Auszüge aus dem Gewerbezentralregister, Ausstellen von Transportmittelscheinen, Abrechnung mit Bisamrattenfängern (einschl. Statistik). Eine statistische Trennung zwischen Kerngebiet und Ortsamtsgebiet ist technisch nicht machbar. Daher sind die Tätigkeiten des Bürgerzentrums in den Zahlen des Wirtschafts- und Ordnungsamtes enthalten. Einzig die Ausgabe von Angelscheinen kann für das Bürgerzentrum bestimmt werden:

	2001	2002	2003
Angelscheine	95	71	75

Sozialangelegenheiten

	2001	2002	2003
Anzahl der Rundfunkgebührenbefreiungen/-ermäßigungen	351	127	147
Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen	--	130	133
Sitzplatzausweise	--	11	8

6.3 Bauaufsicht

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	10,89	11,69	11,3

Durchführung des bauaufsichtlichen Anzeige- und Antragsverfahrens

Die Zahl der Widersprüche ist auf 59 (Vorjahr 75 Widersprüche) gesunken.
60 Verfahren zur Herstellung ordnungsgemäßer Zustände (Beseitigungen, Nutzungsuntersagungen usw.) wurden durchgeführt.
Da Antragsteller eine hohe rechtliche Sicherheit für zukünftige Planungen benötigen, bleibt die Zahl der Vorbescheide mit 100 Vorbescheidsverfahren weiterhin hoch (Vorjahr 75 Vorbescheidsverfahren).

Zielerfüllung 2003: Die Überprüfung der ungenehmigten Kleingartenanlagen konnte deshalb nicht weiter durchgeführt werden, da das Konzept sich in der Überarbeitung befindet und den politischen Gremien vorgeschlagen werden soll.
Das Campingplatzgelände Hohendeicher See wurde überprüft. In einer Informationsveranstaltung mit den Betreibern wurde die vorhandene Situation diskutiert und folgende Vereinbarung getroffen: Bis zum 1.4.2004 wird ein neuer Bestand durch die Campingplatz-Betreiber aufgenommen und der Bauprüfabteilung mitgeteilt. Der Rückbau der gröbsten Verstöße gegen die Camping-Ordnung soll bis zum Ende der Campingsaison 2004 erfolgt sein.

Gestaltungsberatung: Im Jahr 2003 wurden ca. 80 Gestaltungsberatungsgespräche mit Planern und Bauherren geführt. Von den Planern und Bauherren wurde die Möglichkeit zu einer Gestaltungsberatung weiterhin positiv beurteilt. Die Erfolge der Beratungen waren unterschiedlich, wobei eine deutliche positive Tendenz zu erkennen war. Die Beratungen beinhalteten Themen von Details eines Hauses (Fenster, Türen, Gauben, ...) über Um- und

Anbauten bis zum gesamten Gebäudeneubau. Neben den hauptsächlichen Wohnungsbauten wurde auch über Carportanlagen und z.B. einen Bootsschuppen beraten. Im Laufe des Jahres wurde weiterhin an der Ausarbeitung einer Broschüre zur Gestaltung von Bauvorhaben in den Vier- und Marschlanden gearbeitet. Ein erster Teil der Broschüre ist erstellt, der noch überarbeitet sowie erweitert wird.

Ziele für 2004

Die Bauprüfabteilung Vier- und Marschlande nimmt auch zukünftig Sonderaufgaben wahr. Aufgrund gesetzlicher Änderungen sind die Kleinkläranlagen in zukünftig unbesielten Straßen zu überprüfen. Diese Aufgabe wird voraussichtlich 3-4 Jahre in Anspruch nehmen.
Die Überprüfung der ungenehmigten Lauben und Schuppen soll in 2004 wieder aufgenommen werden.

		2001	2002	2003
Wohnbauvorhaben		151	228	254
Anzahl der Wohnungen		105	107	118
Gewerbliche Bauvorhaben		95	92	76
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren (einschl. der Bauanzeigen-Entwässerung)		1115	901	1121
Anzahl der Grundstücksteilungen		90	75	73
Anzahl OWiG-Verfahren		2	1	1
Einnahmen in EUR				
Gebühren	Soll	996.168[1]	232.417	241.318
	Ist	976.070	204.605	240.236
Zwangsgeld/Bußgeld	Soll	50.365	50.245	36.575
	Ist	4.576	19.262	4.036

Sicherstellen der ordnungsgemäßen Entwässerung

	2001	2002	2003
Entwässerung (Anzahl der Verfahren)	406	329	286
davon Bauanzeigen/Drucksielanschlüsse	216	197	94
Drucksielfestlegungen	190	132	192

6.4 Tiefbau - Wasserwirtschaft

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	15,83	15,00	14,00

Der Abschnitt Tiefbau - Wasserwirtschaft des Ortsamtes ist sowohl für das Ortsamtsgebiet als auch für große Teile des Kerngebietes zuständig. So sind im gesamten Bezirksgebiet

[1] In 2001 wesentlich höhere Gebühren aufgrund von Großbauvorhaben wie Ikea und Bauhaus.

u.a. ca. 210 km Gewässer, 14 Rückhaltebecken , 1 Schleuse, 2 Sperrwerke und 18 Schöpfwerke und 6 Spüleinlässe zu betreuen.

Hinsichtlich der Deichunterhaltung liegt der Hauptanteil der Aufgaben und Tätigkeiten der Wasserwirtschaft allerdings im Ortsamtsgebiet. Im gesamten Bezirk Bergedorf sind zu unterhalten:

58 km	Hauptdeich und Deich an der Dove-Elbe und am Schleusengraben
63	Treppenanlagen
9 km	Deichfußentwässerung
127	Deichdrainagen / Auslaufbauwerke
2	Schafställe und Wohngebäude, 12 Pferchplätze
8	Kleidepots
2	Deichverteidigungsstützpunkte

		2001	2002	2003
Ausgaben für die Deichunterhaltung		446.363	452.000	614.974
Ausgaben für die Gewässerunterhaltung		732.014	833.811	840.836
Einnahmen	Soll	22.595	26.245	34.570
	Ist	22.595	26.245	34.570
Angaben zum Anlagenbestand in ha		415	415	415
Anzahl der Aufträge		313	241	235

Die Investitions- und Amtshilfemittel sind unter Tiefbauabteilung genannt.

6.5 Grundsicherungs- und Sozialabteilung

	2001	2002	2003
Beschäftigungsvolumen	10,81	10,06	9,20

Die Sozialhilfeleistungen des Ortsamtes sind im Zahlenmaterial des Grundsicherungs- und Sozialamtes Bergedorf enthalten.

	2001	2002	2003
Anzahl der laufenden Fälle mit Empfänger/innen von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG[1]	990	970	870
darunter Fälle unter 60 Jahren[2]:	850	830	870
ab 60 Jahren:	130	140	--[3]

[1] BSHG = Bundessozialhilfegesetz; bei der Anzahl der Fälle muss berücksichtigt werden, dass 1 Fall sowohl aus nur 1 Person als auch aus einer Großfamilie bestehen kann, daraus resultieren unterschiedliche Bearbeitungszeiten und auch unterschiedlich hohe Sozialhilfeleistungen.
[2] Stand: jeweils Dezember des Jahres
[3] Die Bearbeitung der Fälle wird seit 01.04.2003 vom Grundsicherungs- und Sozialamt Bergedorf wahrgenommen.